

Der Krieg gegen die Ukraine und die Kirchen

Chronologie 7. März 2024 bis 27. Februar 2025



Im dritten Jahr des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hält der Druck auf die Ukrainische Orthodoxe Kirche u.a. mit der Verabschiedung eines umstrittenen Religionsgesetzes an. Zugleich gibt es Debatten um die Mobilisierung von Gläubigen und Bemühungen um internationale Unterstützung. Die Russische Orthodoxe Kirche steht unterdessen weiter fest an der Seite der russischen Regierung und wirbt verstärkt um Militärgeistliche. Das eng mit der Kirche verflochtene Weltkonzil des Russischen Volks ging gar so weit, von einem Heiligen Krieg zu sprechen.

Inhalt

Ukraine: Kirchen rufen zur Unterstützung der Armee anlässlich des zweiten Jahrestags des Kriegs auf

Ukraine: Moskauer Patriarchat übernimmt Teil der Eparchie Zaporizhzhja

Ukraine: Papstaussage zur „weißen Fahne“ stößt auf heftige Kritik

Russland: Weltkonzil des Russischen Volks spricht von Heiligem Krieg

Ukraine: Kirchen kritisieren das Dokument des Weltkonzils des Russischen Volkes als nazistisch

Ukraine: Inlandsgeheimdienst geht gegen Erzpriester Danylevytsch vor

Ukraine: Ukrainische Orthodoxe Kirche beklagt bei KEK-Besuch religiöse Verfolgung

Russland: Moskauer Patriarchat intensiviert Engagement im Krieg

Schweiz: Weltkirchenrat fordert Erklärung zum Dokument des Weltkonzils des Russischen Volks

Russland: Europarat wirft Russischer Orthodoxer Kirche Kriegsverbrechen vor

Ukraine: Zelenskyj dankt der OKU und der UGKK für ihren Einsatz

Ukraine: Ukrainische Orthodoxe Kirche darf keine Militärg Geistlichen mehr stellen

Ukraine: Petition für alternativen Dienst für Gläubige

Schweiz: Ökumenisches Patriarchat und Vatikan unterstützen Friedensgipfel

Russland: Verurteilter ukrainischer Metropolit nach Russland überstellt

Ukraine: Geistliche aus russischer Gefangenschaft freigekommen

Ukraine: Oberstes Gericht zur Mobilisierung von Gläubigen

Ukraine: OKU entfernt mit Russland verbundene Gedenktage aus ihrem Kirchenkalender

Ukraine: Kardinal Parolin besucht die Ukraine und betont Nähe des Papstes

Russland: Patriarch verleiht Präsident Orden und betont Einheit der Rus

Russland: Orthodoxe Kirche sucht Militärg Geistliche

Ukraine: Parlament verabschiedet umstrittenes Religionsgesetz

Ukraine: Gericht lehnt Beschwerde gegen Experteneinschätzung des Statuts der UOK ab

Russland: Patriarch Kirill bezeichnet Kirche als Garantin postsowjetischer Einheit

Ukraine: Geistliche der UOK fordern völligen Bruch mit dem Moskauer Patriarchat

Ukraine: Mehrheit der Ukrainer wünscht sich einige orthodoxe Kirche

Ukraine: Gewaltsamer Konflikt um Kathedrale in Tscherkasy

Russland: Ukraine-Beauftragter des Papstes besucht Moskau

Ukraine: Bischöfe der UOK protestieren gegen Einmischung des Moskauer Patriarchats

Russland: Patriarch kritisiert Kriegsmüdigkeit

Ukraine: Kirchen zu 1000 Tagen Angriffskrieg

Russland: Treffen von Militärggeistlichen und Auszeichnungen für Geistliche

Polen: Christen wenden sich in Brief an russische Orthodoxe

Polen: Konferenz Europäischer Kirchen organisiert Konsultation zu gerechtem Frieden

Russland: Patriarch fordert neue politische Ausrichtung der ukrainischen Führung

Ukraine: Kathedrale in Zaporizhzhja durch russischen Angriff beschädigt

Russland: Leiter der Pfingstgemeinden sieht besondere Rolle Russlands

Ukraine: Umfrage: Zahl der Orthodoxen gesunken, Zustimmung zu umstrittenem Religionsgesetz

Russland: Geistlicher widerspricht Patriarch Kirill

Russland: Orthodoxe Kirche will Zahl der Militärggeistlichen verfünffachen

Ukraine: Kirchen zum dritten Jahrestag des russischen Angriffskriegs

Ukraine: Internationale kirchliche Akteure gedenken drittem Jahrestag des russischen Angriffskriegs

Russland: Verhaftungen wegen Terrorvorwürfen

Russland: Kirchliche Glückwünsche zum Tag des Vaterlandsverteidigers

Ukraine: Kirchen rufen zur Unterstützung der Armee anlässlich des zweiten Jahrestags des Kriegs auf

07. März 2024

Zum zweiten Jahrestag des russischen Großangriffs auf die Ukraine haben sich zahlreiche Vertreter von Religionsgemeinschaften an ihre Gläubigen gewandt. Metropolit Onufrij (Berezovskij) von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK), die bis Mai 2022 dem Moskauer Patriarchat unterstand, [verurteilte den Krieg](#) und drückte seine Unterstützung für die Bevölkerung und die Armee aus. Zugleich kritisierte er aber auch die ukrainischen Behörden wegen des Drucks auf seine Kirche.

Das „Leben selbst“ bezeuge die Fehlerhaftigkeit der Religionspolitik, die sich gegen die UOK richte, erklärte Onufrij. Die Folgen seien „Spaltung, interkonfessionelle Feindschaft, Streitereien, Konflikte unter einander nahestehenden Menschen und in der Gesellschaft überhaupt, Enttäuschung, Verzweiflung und Demoralisierung der Menschen sowie Material für die russische Propaganda“. Daher forderte er eine Neuausrichtung der Religionspolitik. Weiter erklärte Metropolit Onufrij, dass die Ukraine „mehr denn je eine innere Solidarisierung der Gesellschaft“ brauche und das Bewusstsein, dass in der Einheit ihre Stärke liege. Die Schrecken des Kriegs würden die Gesellschaft nicht brechen, wenn alle auf die Einheit hinarbeiten würden, so Onufrij.

Metropolit Epifanij (Dumenko), das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU), lobte die Bevölkerung und Armee und dankte den „internationalen Partnern“. Er verurteilte die [„aggressive Ideologie der Russischen Welt“](#), die als Entschuldigung für russische Verbrechen diene. Die Ideologie und ihre Unterstützer, darunter der russische Patriarch Kirill, müssten ebenso verurteilt werden, wie die Ideologien des Nazismus und Bolschewismus. Zudem forderte Epifanij ein „Ende der geistigen Okkupation der Ukraine durch die Strukturen der Russischen Welt“. Daher soll auch der seit längerem diskutierte [Gesetzesentwurf zum Verbot](#) von Religionsgemeinschaften, deren leitendes Zentrum in Russland liegt, endgültig angenommen werden.

Großerbischof Svjatoslav (Schevtschuk), das Oberhaupt der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche (UGKK), leitete am 24. Februar einen Gedenkgottesdienst, mit dem ein zwölfstündiger Gebetsmarathon der UGKK anlässlich des zweiten Jahrestags des Kriegs begann. Svjatoslav gedachte insbesondere der Ukrainer in den besetzten Gebieten und dankte Gott [für die Widerstandsfähigkeit der Ukraine](#). Mit Blick auf den zehnten Jahrestag des Beginns der russischen Aggression gegen die Ukraine, die mit der Besetzung der Krim am 20. Februar 2014 begann, [sagte Schevtschuk am 19. Februar in seiner wöchentlichen Ansprache zum Krieg](#), es sei lebensnotwendig, dass „die Welt vom Schmerz der Ukraine hört und den Genozid am ukrainischen Volk verurteilt“. Er schilderte auch die schrecklichen Folgen des Kriegs für viele Familien, die getrennt seien, Mitglieder verloren hätten oder mit einem schwer verletzten Familienmitglied lebten. Daher widme sich seine Kirche einer neuen Form der Seelsorge, um den trauernden Menschen zu helfen.

Auch die Leiter [protestantischer Kirchen](#) äußerten sich zum Jahrestag. So rief Bischof Anatolij Kozatschok von der Ukrainischen Kirche der Christen evangelischen Glaubens zum Gebet für die Demut des ukrainischen Volks sowie für Soldaten, Freiwillige und Dienstleistenden auf. Der Leiter des Allukrainischen Bundes der Kirchen der Evangeliumschrinden-Baptisten, Valerij Antonjuk, erklärte, für Kraft, Bewahrung und Sieg zu beten. Trotz allen Leidens führten die Ukrainer „ihre Mission“ mit Gottes Hilfe fort. Der [Rat der evangelischen protestantischen Kirchen der Ukraine](#) erklärte in seinem Statement, für Sieg und Frieden zu beten und sich um Verwundete und Geflüchtete zu kümmern. Weiter dankten die Vertreter der ukrainischen Protestanten den Soldaten, Freiwilligen und allen, die „nicht aufgegeben haben und weiter an unseren

näherkommenden Sieg glauben". Der Rat rief alle auf, für die völlige Niederlage des Feindes, Wiederherstellung der Integrität des ukrainischen Territoriums und einen gerechten Frieden zu kämpfen.

Der [Ukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen](#), in dem die große Mehrheit der ukrainischen Religionsgemeinschaften vertreten ist, dankte in seinem Statement den Verteidigern des Lands und den internationalen Partnern. Er gedachte der Gefallenen und betete um Trost für ihre Angehörigen. Das ukrainische Volk rief er auf, in „diesem Kampf des Guten gegen das Böse mutig zu bleiben“, an den „Sieg des Lichts über die Dunkelheit zu glauben“, sich gegenseitig zu unterstützen und die Einheit zu wahren. Die ukrainischen Behörden und Politiker forderte der Rat auf, alles für die Konsolidierung der Gesellschaft zu tun, die Korruption zu bekämpfen, die Religionsfreiheit zu schützen und angemessene Bedingungen für die Rückkehr der Flüchtlinge aus dem Ausland zu schaffen.

Anlässlich des Jahrestags wandten sich auch Vertreter des renommierten [Orthodox Christian Studies Center der Fordham Universität in den USA in einem offenen Brief](#) an kirchliche Oberhäupter wie den Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios und Papst Franziskus. Sie riefen diese dazu auf, öffentlich vier „akute Probleme“ anzusprechen, vor die „umfassende Militärkonflikte in der modernen Welt alle Christen stellen“, nämlich den „Gebrauch der Religion, um Gewalt zu rechtfertigen“, „Ungerechtigkeit“, „religiösen Nationalismus“ und „offene Lügen, die von Kirchenkanzeln ausgehen“.

Die [International Religious Freedom or Belief Alliance](#) veröffentlichte ebenfalls ein Statement, in dem sie darauf hinwies, dass der umfassende Krieg gegen die Ukraine nicht nur die bereits schlimme Menschenrechtslage in Bezug auf Religionsfreiheit in den besetzten Gebieten verschlimmert habe, sondern auch Anführer und Gläubige verschiedener Religionsgemeinschaften getötet habe. So seien in den letzten zwei Jahren 30 ukrainische Geistliche umgekommen und 26 seien von russischen Kräften gefangen gehalten worden. Außerdem hätten russische Truppen über 600 religiöse Stätten beschädigt oder zerstört, es gebe Berichte über Plünderungen und die militärische Nutzung religiöser Gebäude. Zugleich informierte der [ukrainische Inlandgeheimdienst](#), dass er 73 Verfahren wegen Kollaboration gegen Geistliche eröffnet habe. 22 Geistliche seien bereits verurteilt worden. (NÖK)

Ukraine: Moskauer Patriarchat übernimmt Teil der Eparchie Zaporizhzhja

21. März 2024

Der HI. Synod der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) hat an seiner Sitzung vom 12. März entschieden, einen [Teil der Eparchie Zaporizhzhja der Ukrainischen Orthodoxen Kirche \(UOK\) zu übernehmen](#). Geistliche, Mönche und Laien aus den von Russland besetzten Gebieten der Region hätten sich mit entsprechenden Bitten an den russischen Patriarchen Kirill gewandt. Die Kirchgemeinden und Klöster würden vorübergehend der Eparchie Berdjansk der ROK unterstellt.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich die ROK Teile der UOK, die ihr bis Mai 2022 unterstand, aneignet. Schon im Juni 2022 hatte der HI. Synod die [Eparchien auf der Krim](#) aufgenommen, 2023 wurden die Eparchie Rovenky in der Region Luhansk und der besetzte Teil der [Eparchie Cherson](#) eingegliedert. Ebenso die Eparchie Berdjansk, zu der der besetzte Teil der Eparchie Zaporizhzhja künftig gehört, denn die Stadt Berdjansk am Azovschen Meer war gleich zu Beginn der russischen Invasion erobert worden und ist seither besetzt.

Anders als in den vorangegangenen Fällen hat die ROK jedoch keine eigene Kirchenstruktur errichtet, sondern die betreffenden Gemeinden und Klöster vorübergehend unter die Verwaltung der benachbarten Eparchie gestellt. So will der HI. Synod auch auf die Frage der Verwaltung und rechtlichen Stellung der Gemeinden und Klöster zurückkommen, sollte sich die Situation verändern. Ein weiterer Unterschied ist, dass in den Bitten beteuert worden sei, dass die Geistlichen und Laien Metropolit Luka (Kovalenko) von Zaporizhzhja und Melitopol weiterhin respektierten, und dass dieser sein Möglichstes tue, um aus der Distanz die Verbindung zu den betroffenen Gemeinden und Klöstern aufrechtzuerhalten. Doch aufgrund der Frontlinie sei es ihm unmöglich, sie persönlich zu besuchen.

Weder die UOK noch die Eparchie Zaporizhzhja haben auf ihren offiziellen Websites Stellung zu den Ereignissen genommen. Vereinzelt [orthodoxe Stimmen kritisieren](#), dass die UOK oft lautstark gegen angeblich gewaltsame Übertritte ihrer Gemeinden zur Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) protestiere, aber zur Übernahme ganzer Eparchien oder Teilen davon durch die ROK schweige.

Die [OKU steht ihrerseits auf der Krim](#) unter dem Druck der russischen Okkupationsbehörden. Ihre [Aktivitäten auf der besetzten Halbinsel seien „faktisch abgewürgt“](#) worden, erklärte Igor Ponotschovnyj, der Leiter der ukrainischen Verwaltung der Krim. Jede Gemeinde sei verfolgt worden, unter anderem seien Gottesdienste verboten, Kirchen geschlossen und Eigentum konfisziert worden. Russland versuche, die ROK als einzige orthodoxe Kirche zu installieren. Zugleich würden „pseudoreligiöse muslimische Organisationen“ gegründet, um die krimtatarische Bevölkerung zu vereinnahmen. (NÖK)

Ukraine: Papstaussage zur „weißen Fahne“ stößt auf heftige Kritik

21. März 2024

Wieder einmal hat Papst Franziskus mit seinen Aussagen zum Krieg gegen die Ukraine große Aufregung ausgelöst und viel Kritik auf sich gezogen. Erneut forderte er auf missverständliche Weise Verhandlungen zur Beendigung des Kriegs, wobei er seinen Aufruf nur an die Ukraine richtete, nicht an den Aggressor Russland. Konkret sprach er in einem Interview mit dem schweizerischen öffentlich-rechtlichen Fernsehsender RTI vom „Mut, die weiße Fahne zu schwenken“, was von vielen als Aufforderung zur Kapitulation verstanden wurde.

Das Interview wurde bereits Anfang Februar aufgezeichnet, aber erst am 20. März ausgestrahlt. Die umstrittenen Passagen drangen jedoch vorab an die Öffentlichkeit. Das Bild der weißen Fahne brachte bereits der Interviewer ein, der fragte, was der Papst dazu meine, dass es in der Ukraine Stimmen gebe, die „den Mut zur Kapitulation, zur weißen Fahne fordern. Aber andere sagen, dass dies die Stärksten legitimieren würde“. [Der Papst erwiderte](#): *„Das ist eine Interpretationsweise. Aber ich denke, dass der stärker ist, der die Situation erkennt, der an das Volk denkt und den Mut hat, die weiße Flagge zu schwenken und zu verhandeln. Und heute kann man mit Hilfe der internationalen Mächte verhandeln. Das Wort ‚verhandeln‘ ist ein mutiges Wort. Wenn du siehst, dass du besiegt wirst, dass die Dinge nicht gut laufen, hab den Mut zu verhandeln. Du schämst dich, aber wenn du so weitermachst, wie viele Tote wird es dann geben? Verhandle rechtzeitig, suche ein Land, das vermittelt. Heute, zum Beispiel im Krieg in der Ukraine, gibt es viele, die vermitteln wollen. Die Türkei zum Beispiel... Schämt euch nicht, zu verhandeln, bevor es noch schlimmer wird.“*

Diese Worte wurden vielfach als Aufforderung zur Kapitulation an die Ukraine aufgefasst. [Matteo Bruni, der Direktor des vatikanischen Presseamts](#), betonte hingegen, dem Papst sei es vor allem um einen Waffenstillstand sowie den Mut zu Verhandeln gegangen. Er wünsche sich eine „diplomatische Lösung für einen gerechten und dauerhaften Frieden“, bei fast jedem öffentlichen Auftritt spreche er die schwierige Lage der ukrainischen Zivilbevölkerung an.

Aus der Ukraine berichtete der Apostolische Nuntius in der Ukraine, Visvaldas Kulbokas, es hätten tagelang Menschen in seiner Botschaft angerufen, um zu fragen, ob der Vatikan Geld von Russland bekomme, warum der Papst nicht in die Ukraine reise und Russland nicht zur Verantwortung ziehe. Kulbokas widersprach der Behauptung, der Papst sei prorussisch eingestellt, aber seine Aussagen hätten die Menschen in der Ukraine „verbittert“. Sie hätten die Äußerung als „Eingeständnis der Niederlage gelesen“, das belaste und demoralisiere sie, dabei bräuchte die Ukraine moralische Unterstützung. Der Vatikanbotschafter wurde auch vom ukrainischen Außenministerium einbestellt.

Der [Ukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen](#), der eine große Mehrheit der Glaubensgemeinschaften der Ukraine vereint, erklärte in seinem Statement „kategorisch“, dass „niemand jemals unser Volk zur Kapitulation zwingen wird“. Die Ukraine sei standhaft und würde sie kapitulieren, würde das „Europa, vielleicht die ganze Welt, sofort spüren“, es wäre der „Triumph des Bösen über den ganzen Planeten“. Der Rat beteuerte, jeden Tag für Frieden zu beten. Aber sich der „Gnade dieses Feindes zu ergeben“, bedeute nicht Frieden, sondern den „Sieg der Sklaverei über die Freiheit, der Finsternis über das Licht, der Herrschaft des Gesetzes der Macht über die Kraft des Gesetzes“. Daher will der Rat auch weiterhin die gläubigen Kämpfer segnen sowie für den Sieg über den Feind und einen gerechten Frieden beten.

Auch der [HI. Synod der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche](#) (UGKK) ging in einem Statement auf die Papstaussagen ein. Darin heißt es, die Ukrainer könnten sich nicht ergeben, weil das den Tod bedeute. Die Absichten der russischen Führung seien klar und 70 Prozent der Bevölkerung unterstützten den „genozidalen Krieg gegen die Ukraine“, ebenso der russische Patriarch Kirill und die Russische Orthodoxe Kirche. Die russischen Kriegsverbrechen in Butscha, Irpin und anderen Orten hätten den „klaren Zweck dieses Kriegs illustriert: die Ukraine und die Ukrainer zu eliminieren“. Daher kündigte der HI. Synod an, die Ukrainer würden sich weiterhin verteidigen, sie hätten keine andere Wahl. Die jüngste Geschichte habe „demonstriert, dass es mit Putin keine echten Verhandlungen geben wird“. In Verhandlungen habe die Ukraine 1994 auf ihr Atomwaffenarsenal verzichtet und dafür Sicherheitsgarantien für ihre territoriale Integrität und Unabhängigkeit erhalten, unterzeichnet wurde das Memorandum auch von Russland. Es sei „das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben war,“ und so werde es mit jedem Abkommen sein, das mit Putins Russland „verhandelt“ werde, heißt es in dem Statement weiter.

In seiner Reaktion auf die päpstlichen Äußerungen dankte der [ukrainische Präsident Volodymyr Zelenskyj](#) allen ukrainischen Geistlichen, die in der Armee und den Sicherheitskräften dienten. Sie verteidigten an der Front das „Leben und die Menschlichkeit“ – so sei die Kirche mit den Menschen. Und nicht „zweieinhalbtausend Kilometer entfernt“, wo sie sich mit der „virtuellen Vermittlung zwischen denen, die leben wollen, und denen, die dich zerstören wollen, beschäftigt“. Er dankte allen, die das Leben schützten, „helfen und wirklich mit uns sind, mit Taten und Gebeten“. (NÖK, mit Material von [Kathpress](#))

Russland: Weltkonzil des Russischen Volks spricht von Heiligem Krieg

04. April 2024

Das *Weltkonzil des Russischen Volks* unter der Leitung von Patriarch Kirill hat den russischen Angriffskrieg zum „Heiligen Krieg“ erklärt. Die „militärische Spezialoperation“, wie die offiziell vom Kreml vorgegebene Sprachregelung lautet, sei eine „*neue Etappe des nationalen Befreiungskampfs des russischen Volks gegen das verbrecherische Kyjiwer Regime und den hinter ihm stehenden kollektiven Westen, der seit 2014 auf dem Gebiet der südwestlichen Rus geführt wird*“. Das Dokument mit dem Titel [„Gegenwart und Zukunft der Russischen Welt“](#) setzt Russland mit der Rus gleich und spricht den Ukrainern und Belarusen eine eigenständige nationale Existenz ab.

Verabschiedet wurde das Dokument, das sich als programmatischer Text und „Mandat“ der [25. Versammlung des Weltkonzils](#) vom 27.–28. November 2023 versteht, am 27. März 2024. Es vereine die „bedeutendsten Vorschläge“, die in den Expertengruppen während der Vollversammlung im November vorgebracht worden seien. Der erste Teil des Dokuments ist der „militärischen Spezialoperation“ gewidmet. Mit dieser verteidige das *„russische Volk mit der Waffe in der Hand sein Leben, seine Freiheit, Staatlichkeit, zivilisatorische, religiöse, nationale und kulturelle Identität sowie das Recht, auf dem eigenen Land in den Grenzen eines einigen russländischen Staats zu leben. Vom spirituell-moralischen Standpunkt aus ist die militärische Spezialoperation ein Geheiliger Krieg, in dem Russland und sein Volk, indem sie den einigen spirituellen Raum der Heiligen Rus verteidigen, die Mission des ‚Aufhalters‘ erfüllen, der die Welt vor dem Ansturm des Globalismus und dem Sieg des dem Satanismus verfallenen Westens beschützt.“* Weiter heißt es in dem Dokument: *„Nach dem Ende der militärischen Spezialoperation muss das ganze Territorium der modernen Ukraine in die Zone des ausschließlichen Einflusses Russlands fallen. Die Möglichkeit, dass auf diesem Territorium ein russophobes, Russland und seinem Volk feindlich gesinntes politisches Regime ebenso wie ein politisches Regime, das von einem Russland gegenüber feindlichen äußeren Zentrum aus regiert wird, existiert, muss vollständig ausgeschlossen sein.“*

Im zweiten Teil wird die „Russische Welt“ behandelt, deren „Gründer, Stütze und Verteidiger“ Russland sei. Die *„Grenzen der Russischen Welt als spirituellem und kulturell-zivilisatorischem Phänomen sind bedeutend weiter als die staatlichen Grenzen sowohl der heutigen Russischen Föderation als auch des großen historischen Russland. Neben den Vertretern der in der ganzen Welt verstreuten russischen Ökumene umfasst die Russische Welt alle, für die die russische Tradition, die Heiligtümer der russischen Zivilisation und die große russische Kultur den höchsten Wert und Sinn des Lebens darstellen.“* Der Daseinszweck und die spirituelle Mission Russlands und der Russischen Welt sei der *„globale ‚Aufhalter‘ zu sein, der die Welt vor dem Bösen beschützt“*. Der *„Aufbau der tausendjährigen russischen Staatlichkeit ist die höchste Form des politischen Schöpfertums der Russen als Nation. Die Spaltung und Schwächung des russischen Volks sowie der Entzug seiner geistlichen und Lebenskräfte hat immer zur Schwächung und Krise des russländischen Staats geführt. Deshalb ist die Wiederherstellung der Einheit des russischen Volks sowie seines spirituellen und Lebenspotenzials eine Schlüsselbedingung für das Überleben und die erfolgreiche Entwicklung Russlands und der Russischen Welt im 21. Jahrhundert.“* Die zentrale Grundlage der russischen Nationalität sei die Familie.

Mit Blick auf die Außenpolitik fordert das Dokument, dass Russland zu einem „führenden Zentrum der multipolaren Welt“ werde, das im ganzen postsowjetischen Raum Integrationsprozesse leite sowie Sicherheit und eine stabile Entwicklung garantiere. Die *„Wiederherstellung des russischen Volks muss eine der prioritären Aufgaben der*

Außenpolitik Russlands werden. Russland muss zur seit mehr als 300 Jahren bestehenden Doktrin des dreieinigen russischen Volks zurückkehren, laut der das russische Volk aus den Großrussen, Kleinrussen und Belorussen besteht, [...] und der Begriff „russisch“ umfasst alle östlichen Slawen [...]. Neben der Anerkennung und Entwicklung in der nationalen Wissenschaft muss die Doktrin der Dreieinigkeit eine gesetzliche Stärkung erhalten und so ein unabdingbarer Teil des russischen Rechtssystems werden.“

Familienpolitik und Demographie sind das Thema des vierten Teils des Dokuments. Dabei sollen eine „starke, kinderreiche Familie“, deren Wohlergehen, ein Anstieg der Geburtenrate sowie der Kampf gegen Abtreibungen „im Zentrum aller staatlichen Politik stehen“. Zu diesem Zweck sollte ein „Komplex von Maßnahmen“ eingeführt werden, um Familien zu einem dritten oder noch mehr Kindern anzuregen. So schlagen die Verfasser unter anderem Rabatte bei Hypotheken für kinderreiche Familien oder umfassende Maßnahmen gegen „Propaganda für Abtreibungen, geschlechtliche Zügellosigkeit und Ausschweifung sowie Sodomie und verschiedene sexuelle Perversionen“ vor. Zudem sollten die „moralischen Grundlagen des Familienlebens“ zu einem obligatorischen Schulfach werden. Dabei fordert das Weltkonzil vom Staat ein „langfristiges strategisches Ziel“, nämlich mit einem stetigen demographischen Wachstum in den nächsten 100 Jahren die Bevölkerungszahl in Russland auf 600 Mio. anzuheben.

In engem Zusammenhang mit der Demographiepoltik sehen die Verfasser die Migrationspolitik. Der *„massenhafte Zustrom von Migranten, die nicht Russisch sprechen und nicht die nötigen Vorstellungen von der russischen Geschichte und Kultur haben, und daher nicht zur Integration in die russische Gesellschaft fähig sind, verändert die Gestalt der russischen Städte, was zur Deformation des einigen rechtlichen, kulturellen und sprachlichen Raums des Landes führt“*. In den Großstädten bildeten sich *„ethnische Enklaven, die Brutstätten für Korruption, organisiertes ethnisches Verbrechen und illegale Migration sind“*. Da sie eigenen Gesetzen folgten, dienten sie als *„Nährboden für Extremismus und Terrorismus, und sind die Quelle einer kolossalen Spannung in der Gesellschaft“*. Ausgehend davon fordern die Verfasser Anpassungen bei den Konzepten und gesetzlichen Grundlagen zur Migration. Außerdem verlangen sie, dass der „Schutz russischer Familien“ und der „russischen zivilisatorischen Identität“ im Mittelpunkt einer neuen Migrationspolitik stehen sollten. Zudem sollte die *„massenhafte Repatriierung von Landsleuten nach Russland sowie der Zuzug ausländischer hochqualifizierter Spezialisten, Wissenschaftler, Investoren und ihrer Familienmitglieder, die Russland loyal und bereit zur sprachlichen und kulturellen Integration sind“*, gefördert werden. Zugleich soll der *„Zufluss von niedrigqualifizierten ausländischen Arbeitskräften mit einer anderen Kultur“* stark eingeschränkt werden.

Das angestrebte massive Bevölkerungswachstum verlangt nach Ansicht der Verfasser eine völlig veränderte Raumplanung und Städtebaupolitik. Dabei sollen nicht länger Großstädte und ihre Agglomerationen prioritär entwickelt werden, stattdessen soll eine Abkehr von der Konzentration von „Arbeitsressourcen und Produktionskräften in den Megacitys“ stattfinden. Zudem fordert das Weltkonzil einen *„Übergang zu einer für Russland traditionellen gleichmäßigen Verteilung der Bevölkerung und Produktionskräfte auf das Territorium des Landes mittels einer massenhaften Umsiedlung von Stadtbewohnern in komfortable Stadtrandsiedlungen in Einfamilienhäuser“*. So soll sich Russland bis 2050 von einem *„Territorium von 16 Megacitys und entvölkerten riesigen Räumen“* in ein *„gleichmäßig besiedeltes, niedrig bebautes Land von 1000 wiederbelebten mittleren und kleinen Städten verwandeln“*. Vorortsiedlungen sollten der Hauptsiedlungstyp im Land werden, wobei 80 Prozent der Bevölkerung in ihrem eigenen Einfamilienhaus auf ihrem eigenen Land leben sollten. Das *„Leben auf eigenem Land, unter ökologisch günstigen und komfortablen Bedingungen, in einem eigenen wohlgestalteten Haus, in dem eine Familie gegründet und drei oder mehr Kinder geboren*

und erzogen werden können, soll die sichtbare Verwirklichung der Idee der Russischen Welt werden", heißt es zum Thema abschließend.

In einem kurzen Kapitel zur Wirtschaft sieht das Weltkonzil die wirtschaftliche Entwicklung hauptsächlich im Dienst der vorangegangenen Punkte. Außerdem wird die Souveränität über die eigene Wirtschaft und die Kontrolle über den Finanzmarkt betont. Auch für den Bildungsbereich fordern die Verfasser Reformen. Dabei geht es vor allem darum, Bildung und Wissenschaft von ausländischen, „vom Westen aufgezwungenen“ Elementen und Einflüssen zu befreien.

Das Weltkonzil des Russischen Volks ist eine russische Nichtregierungsorganisation, in der Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Religionsgemeinschaften versammelt sind. Sein Ziel ist die geistliche, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Wiedergeburt Russlands und des russischen Volks, bei der Gründung spielte die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) eine wichtige Rolle. Der russische Patriarch Kirill leitet das Volkskonzil und in den Gremien der Organisation finden sich viele Vertreter der ROK. Formal ist das Weltkonzil aber kein Teil der ROK.

Ende März versandte zudem der Geschäftsführer des Moskauer Patriarchats, Metropolit Grigorij (Petrov), ein [Zirkularschreiben an alle Eparchien](#) der ROK. Darin informierte er, dass während der Fastenzeit vor Ostern das Gebet über die Heilige Rus, mit dem für den Sieg über die Ukraine gebetet wird, jeden Tag gebetet werden soll. Bereits zuvor musste das Gebet in jedem Gottesdienst gebetet werden. Geistliche, die das nicht tun, müssen [mit Konsequenzen rechnen](#). (NÖK)

Ukraine: Kirchen kritisieren das Dokument des Weltkonzils des Russischen Volkes als nazistisch

04. April 2024

Das Dokument „Gegenwart und Zukunft der Russischen Welt“ des Weltkonzils des Russischen Volkes ist in der Ukraine auf scharfe Kritik gestoßen. Der [Ukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen](#) verurteilte es „nachdrücklich und kategorisch“. Es folge den Narrativen und der Ideologie der Russischen Welt, die der Rat wiederholt verurteilt habe, und versuche sogar, den Angriffskrieg gegen die Ukraine öffentlich zu rechtfertigen, den es einen Heiligen Krieg nenne. Zudem verleugne es die Existenz des ukrainischen Volks und dessen Recht, in einem eigenen Staat zu leben. Aufgrund ihrer Mitarbeit im Weltkonzil und weil das Dokument auch auf den offiziellen Kanälen der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) publiziert wurde, trügen die Leitung der ROK und die Oberhäupter der anderen Religionsgemeinschaften die „volle moralische Verantwortung für den Inhalt dieses unmenschlichen Neonazi-Dokuments, das gänzlich der Wahrheit und den spirituellen und moralischen Auffassungen von Christentum, Islam und Judentum widerspricht“. Die Komplizenschaft mit dem Angreifer, wozu auch die öffentliche Rechtfertigung gehöre, sei ein „spirituelles Verbrechen“. Der Rat forderte daher, dass Patriarch Kirill und die Führung des Weltkonzils mit internationalen Sanktionen belegt werden.

Die [Ukrainische Orthodoxe Kirche](#) (UOK), die bis im Mai 2022 Teil der ROK gewesen war, erklärte, sich von den im Dokument enthaltenen Ideen „zu distanzieren, sie kategorisch nicht zu teilen und zu verurteilen“. In ihrem Statement distanzierte sie sich auch ausdrücklich von der Ideologie der Russischen Welt, denn die Aufgabe der Kirche sei die Verkündung des Evangeliums, nicht die Bildung „geopolitischer und geospiritualer Konstruktionen“. Die UOK wiederholte ihre Unterstützung für den ukrainischen Staat und kritisierte, dass im Dokument die Verletzung der Souveränität und territorialen

Unversehrtheit der Ukraine gefordert werde. Sogar die Sozialkonzeption der ROK selbst erlaube es ihren Geistlichen nicht, einen Staat in einem Bürger- oder Angriffskrieg zu unterstützen, und sehe den Widerstand gegen Propaganda für Krieg und Gewalt vor. Daher sollte „die ROK statt ideologischer Unterstützung und Rechtfertigung der kriegerischen Aggression und Intervention Russlands in der Ukraine ihre Stimme gegen diesen Eroberungskrieg erheben. Nach unserer Überzeugung sind Aufrufe zur Zerstörung der Ukraine und die Rechtfertigung der kriegerischen Aggression nicht mit der Lehre des Evangeliums vereinbar.“.

Metropolit Epifanij (Dumenko), das [Oberhaupt der Orthodoxen Kirche der Ukraine](#) (OKU), bezeichnete die Ideologie der Russischen Welt auf Facebook „aus religiöser Sicht“ als „häretische Lehre und neuste Form des Götzendienstes“. Aus „weltlicher Sicht“ sei die Russische Welt „eine Form des Nazismus, die Angriffskrieg, Terror, Genozid und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit rechtfertigt“. Er sieht das Dokument als weiteren Anlass, Religionsgemeinschaften in der Ukraine zu verbieten, deren Zentrum sich in Russland befindet.

Auch unter [russischen Geistlichen, die gegen den Krieg](#) sind, rief das Dokument Ablehnung hervor. Kritisiert wird, dass es darin keine Bezüge zum Evangelium gibt. Die Widersprüche zur Sozialdoktrin der ROK werden ebenfalls hervorgehoben.

Zu den Mitgliedern des Weltkonzils zählen auch [Bischöfe der ROK im Ausland](#), so Metropolit Innokentij (Vasiljev) von Vilnius und Metropolit Evgenij (Reschetnikov) von Tallinn. Letzterer musste [Anfang 2024 Estland verlassen](#), weil seine Aufenthaltsbewilligung aufgrund von Sicherheitsbedenken nicht verlängert worden war. Wegen des Dokuments des Weltkonzils [zitierte das estnische Innenministerium die Bischöfe der ROK](#) in Estland zur Klärung zu sich. Bischof Daniil (Lepisk) erklärte, dass es sich beim Weltkonzil um eine „russische NGO“ handle, deren Dokument „uns, unsere Tätigkeit und die Richtung unserer Tätigkeit keinesfalls betrifft“. Es gehe um Entscheidungen einer NGO in einem Nachbarland. [Metropolit Innokentij erklärte seinen Austritt](#) aus dem Weltkonzil. Aufgrund seiner „Antikriegshaltung“ sei er mit dem Inhalt des Dokuments nicht einverstanden, er sei auch nicht an dessen Verabschiedung beteiligt gewesen. Überhaupt sei seine Mitgliedschaft in den letzten 15 Jahren rein formal gewesen. Er betonte erneut, dass seine Kirche den Krieg gegen die Ukraine wiederholt und in jeder Form verurteilt habe. (NÖK)

Ukraine: Inlandsgeheimdienst geht gegen Erzpriester Danylevytsch vor

18. April 2024

Der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU hat Erzpriester Mykolaj Danylevytsch, den stellv. Leiter der Synodalabteilung für kirchliche Außenbeziehungen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK), ins Visier genommen. Am [12. April führte er bei ihm eine Durchsuchung](#) durch und er erklärte ihn daraufhin offiziell zum Verdächtigen. Ihm wird die Rechtfertigung der russischen Aggression gegen die Ukraine und das Schüren von religiösem Hass vorgeworfen.

Der [SBU wirft Danylevytsch vor](#), nach der russischen Großinvasion dazu aufgerufen zu haben, mit den Invasoren zusammenzuarbeiten und für sie zu beten. Auf seinem Telegram-Kanal habe er mehrfach prorussische Narrative verbreitet. Zudem betreue er das „weit verzweigte Netz“ der Gemeinden der UOK im Ausland. Dort würden unter dem Deckmantel der seelsorgerischen Betreuung ukrainischer Emigranten und Flüchtlinge „propagandistische Narrative Russlands“ verbreitet. So habe der Verdächtige versucht,

auf das Bewusstsein der Ukrainer im Ausland einzuwirken und die Ukraine auf der internationalen Bühne zu diskreditieren. Bei der Durchsuchung an seinem Wohnort sei ein Versicherungsausweis für das russische Rentensystem gefunden worden, was auf eine mögliche russische Staatsbürgerschaft verweise. Auch Dokumente, die seine Ausbildung an der diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums belegten, seien gefunden worden. Dem Verdächtigen drohen bis zu fünf Jahre Haft.

Erzpriester Danylevytsch [hat die Vorwürfe als „unbegründet und absurd“ zurückgewiesen](#), aus den Unterlagen der Verdachtserklärung würden die ihm vorgeworfenen Verbrechen nicht ersichtlich. Die strafrechtliche Verfolgung sei politisch motiviert und auf seine Tätigkeit für die UOK zurückzuführen. Diese steht in der Ukraine unter großem Druck, da sie früher Teil des Moskauer Patriarchats war und seit ihrer offiziellen Trennung von der Russischen Orthodoxen Kirche im Mai 2022 angezweifelt wird, ob der Bruch wirklich konsequent ist. Danylevytsch wies zudem darauf hin, dass seine „patriotische Position allen bekannt“ sei. Er unterstellt den Behörden, mit nun wahrscheinlich folgenden Beschränkungen seiner Bewegungsfreiheit seine Arbeit als Vertreter der UOK, gerade im internationalen Bereich, behindern zu wollen.

Die bei ihm gefundenen Dokumenten bewiesen ebenfalls nichts. Lange vor dem Krieg habe er in Russland studiert und als Ausländer auch eine Versicherung gebraucht. An der diplomatischen Akademie habe er einen Englischkurs besucht. Die russische Staatsbürgerschaft habe er nie besessen. Die Gründung von Gemeinden im Ausland entspreche den Beschlüssen des [Landeskonzils der UOK vom Mai 2022](#), an dem sie sich als vollständig unabhängig erklärt habe. Damit reagiere sie auf die spirituellen Bedürfnisse der ukrainischen Gläubigen, die aufgrund des russischen Angriffs ins Ausland geflüchtet seien, daher seien die Vorwürfe, dort werde prorussische Propaganda verbreitet, nicht wahr.

Das [westeuropäische Vikariat der UOK unterstützte in einem Statement Erzpriester Danylevytsch](#). Die Anschuldigungen seien „künstlich, unbegründet und entsprechen nicht der Wirklichkeit“. Danylevytsch sei ein „treuer Patriot“, was er nie versteckt habe. Als einer der gebildetsten Geistlichen der UOK habe er sich auch im Ausland weitergebildet, und russische Diplome könnten nicht als Beleg gegen seine Haltung angeführt werden. Die Vorwürfe gegen das westeuropäische Vikariat seien nicht wahr und verletzen die religiösen Gefühle der Ukrainer, die vor dem russischen Angriff nach Europa hatten flüchten müssen.

Erzpriester Danylevytsch [hatte gleich nach Kriegsbeginn die Eparchien der UOK](#), die aufgehört hatten den russischen Patriarchen Kirill zu kommenerieren, verteidigt. Dabei verurteilte er klar den russischen Großangriff und sagte, die Verteidigung des Landes sei „die heilige Pflicht jedes Bürgers“, dem habe sich auch die UOK angeschlossen.

Die [belarusische Theologin Natallia Vasilevich](#), die Mikolaj Danylevytsch aus ihrer ökumenischen Arbeit kennt, berichtete auf Telegram, sie habe am 24. Februar 2022 mit ihm telefoniert. Er habe sie damals gebeten, in seinem Namen zu sagen, dass es keine Rechtfertigungen für die russische Invasion gebe, und dass alle russischen Aussagen über einen angeblichen „Schutz der kanonischen Orthodoxie“ völliger Blödsinn und eine Manipulation seien. Sie [betonte, dass die globale und europäische ökumenische Bewegung Danylevytsch vertraue](#) und ein gutes Verhältnis zu ihm habe. Das Vorgehen gegen ihr sehe nach „politischer Verfolgung, einer Einschüchterungsaktion und nach Druck“ aus. Kaum jemand aus der Ukraine habe so viel zur Formulierung eines Konsenses zum Krieg gegen die Ukraine in der ökumenischen Bewegung beigetragen wie er. Nur wenigen sei es gelungen, so die Narrative der ROK zu zerstören, wie ihm. Sie sage das als jemand, der an diesen Prozessen beteiligt sei und sie nicht nur beobachte. (NÖK)

Ukraine: Ukrainische Orthodoxe Kirche beklagt bei KEK-Besuch religiöse Verfolgung

18. April 2024

Die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK) hat gegenüber einer Delegation der Konferenz der europäischen Kirchen (KEK) in der Ukraine auf ihre zunehmenden Einschränkungen hingewiesen. Metropolit Avgustin (Makarevitsch) von Bila Tserkva empfing die Delegation am 10. April 2024 in der Kyjiwer Geistlichen Akademie, wo sie die [religiöse Situation in der Ukraine besprachen](#). Insbesondere erläuterte er die Position seiner Kirche zum [Gesetzesentwurf Nr. 8371](#), der die Aktivitäten der UOK stark einschränken würde.

Auch bei einem [Treffen des Ukrainischen Rats der Kirchen und religiösen Organisationen mit der KEK-Delegation](#) am gleichen Tag drückte die UOK ihre Sorge über die mögliche Annahme des Gesetzesprojekts aus. Bei dem Treffen wurden vor allem aktuelle Fragen des religiösen Lebens in der Ukraine und die Auswirkungen des Kriegs auf die Bevölkerung besprochen. Erzpriester Mykolaj Danylevytsch, stellv. Leiter des Außenamts der UOK, sagte dabei, dass in schwierigen Zeiten die Solidarität zwischen den Christen verschiedener Konfessionen besonders wichtig sei. Er dankte über die KEK-Delegation den christlichen Konfessionen Europas für die Hilfe, die sie den Flüchtlingen aus der Ukraine leisteten, darunter auch das zur Verfügung Stellen von Kirchengebäuden für die Gemeinden der UOK in Europa.

Am 10. April fand auch eine Sitzung des Hl. Synods der UOK statt, an der er beschloss, „orthodoxe Lokalkirchen, andere Länder und internationale Menschenrechtsorganisationen“ über die [Wahrung des „Rechts auf Religionsfreiheit](#) der Gläubigen und religiösen Organisationen der UOK“ zu informieren. Dabei hielt der Hl. Synod fest, dass dieses Recht verletzt werde, indem Geistliche und Laien der UOK aus erfundenen Gründen strafrechtlich verfolgt würden. Außerdem würden der UOK Kirchen und anderes Eigentum weggenommen und Gemeinden zugunsten der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) neu registriert. Es seien bereits rund 1500 Kirchen besetzt worden, zudem würden lokale Behörden der UOK illegalerweise verbieten, Eigentum zu nutzen.

Der Hl. Synod erklärte sich ebenfalls besonders [besorgt über den Gesetzesentwurf Nr. 8371](#), der in erster Lesung bereits vom Parlament angenommen wurde. Dieser richte sich nicht nur auf die Liquidierung der UOK, sondern auch auf die Verletzung des Grundrechts auf Religionsfreiheit, das der Staat gegenüber allen seinen Bürger:innen garantiere. Zudem verletze der Gesetzesentwurf das Prinzip der Autonomie der religiösen Gemeinden und ziele auf eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der religiösen Organisationen der UOK. Deshalb rief der Hl. Synod die Abgeordneten des Parlaments auf, das Gesetzesprojekt nicht zu verabschieden.

Die KEK-Delegation traf sich bei ihrem [Besuch vom 8. bis 10. April](#) auch mit Vertretern der OKU und mit Großerbischof Svjatoslav (Sevtschuk), dem Oberhaupt der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche. Sie besuchte auch Lviv, wo sie unter anderem die Ukrainische Katholische Universität besuchte. Auf dem Programm standen zudem Treffen mit staatlichen Vertretern sowie Theologen und Wissenschaftlerinnen, die vor Ort in Friedensinitiativen und im Dialog engagiert sind. Zweck des Besuchs war laut dem Leiter der Delegation, zu demonstrieren, dass die Ukrainer nicht „verlassen und vergessen sind“.

Im Anschluss der Reise [veröffentlichte die KEK ein gemeinsames Statement mit dem Ukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen](#). Darin erklärten sie, vereint die Aggression Russlands gegen die Ukraine zu verurteilen. Sie beklagten das

unermessliche Leiden Tausender Unschuldiger, die Destabilisierung der Region und die Verletzung des Völkerrechts und der Menschenwürde. Sie zeigten sich „tief beunruhigt über die Komplizenschaft der Russischen Orthodoxen Kirche bei der Legitimierung dieses ungerechten Konflikts“. Die KEK habe infolge der russischen Invasion den russischen Patriarchen Kirill vergeblich dazu aufgerufen, den Krieg zu verurteilen. Sie verurteilten auch das [Dokument des Weltkonzils des Russischen Volks](#), das ebenfalls den russischen Angriff auf die Ukraine rechtfertigt. Es sei zutiefst verstörend, eine Kirche zu sehen, die Akte der Aggression und Gewalt gutheiße, die der Friedensbotschaft des christlichen Glaubens direkt widersprächen.

Weiter betonten die Kirchenvertreter den Stellenwert von „Dialog und Versöhnung zwischen religiösen und politischen Akteuren als unerlässliche Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden in der Region“. Aufgrund globaler Ereignisse werde die Aufmerksamkeit der Welt von der Ukraine abgelenkt, daher sei es „unumgänglich, anzuerkennen, dass die Ukraine weiterhin dringend Unterstützung und Solidarität braucht“, heißt es in dem Statement weiter. Abschließend folgt ein Aufruf an „politische Akteure, Staatsoberhäupter, Kirchen und Religionsgemeinschaften“, sich der KEK und dem Rat „in der Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine, im Ausdruck der Solidarität mit den Kirchen und Menschen in der Ukraine und der unermüdlichen Arbeit für einen gerechten und dauerhaften Frieden in der Region anzuschließen“. (NÖK)

Russland: Moskauer Patriarchat intensiviert Engagement im Krieg

18. April 2024

Der oberste Kirchenrat der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) hat sich in seiner Sitzung am 16. April 2024 vor allem Themen im Zusammenhang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine gewidmet. Unter dem [Vorsitz von Patriarch Kirill besprach der Rat](#) die Tätigkeit der Militärggeistlichen in der „Zone der Durchführung der militärischen Spezialoperation“, einen Entwurf für das „Programm des Spezialkurses ‚Grundlagen der Vorbereitung der Geistlichen zum Dienst im Gebiet mit Kampfhandlungen‘ für höhere geistliche Bildungseinrichtungen“, die rechtliche Stellung der Militärggeistlichen und das Lehrbuch für die „Grundlagen der geistlich-moralischen Kultur der Völker Russlands“.

In Puschkin, unweit von St. Petersburg, will die ROK zudem eine [neue Kirche bauen, die den „Teilnehmern an Kampfhandlungen“ geweiht](#) sein soll. Für das dafür vorgesehene Landstück verfügt die Gemeinde der Sophienkathedrale von Puschkin ein temporäres Nutzungsrecht. Die Kathedrale ist historisch mit den russischen Streitkräften verbunden, sie wurde zum Gedenken an die Erfolge der Armee in den russisch-türkischen Kriegen gebaut. Gemäß den Entwürfen wird es bei der Kirche eine Gedenkallee geben, die den Kämpfern geweiht sein wird, die am Krieg gegen die Ukraine teilnahmen. Die lokale Administration unterstützt das Projekt, die Reaktionen aus der Bevölkerung sind gemischt.

Auch einzelne Eparchien und Gemeinden engagieren sich für den Krieg. So verpflichtet die Leitung der [Eparchie Burjatien ihre Sonntagsschullehrer, die Teilnahme ihrer Schülerinnen und Schüler am „Unsterblichen Regiment“ zu organisieren](#). Ursprünglich war die Aktion „Unsterbliches Regiment“ am „Tag des Sieges“ am 9. Mai eine private Initiative, an der Menschen Bilder ihrer Angehörigen, die im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben, an einem Umzug tragen. Die Bewegung wurde inzwischen vom Staat vereinnahmt. In Burjatien sollen die Sonntagsschüler nun Plakate mit den „Helden und Teilnehmern“ des Zweiten Weltkriegs und der „militärischen Spezialoperation“ erstellen, deren Bilder ihnen vom Sekretariat der Eparchie zugeschickt werden. Zudem müssen sie

einen Fotobericht über ihre Teilnahme erstellen. Über [Aktionen einzelner Gemeinden](#) wird auf der Website *prichod.ru* berichtet. (NÖK)

Schweiz: Weltkirchenrat fordert Erklärung zum Dokument des Weltkonzils des Russischen Volks

18. April 2024

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) zeigt sich besorgt über das jüngste Dokument des Weltkonzils des Russischen Volkes. In dem [Dokument mit dem Titel „Gegenwart und Zukunft der Russischen Welt“](#) werde die sog. „Spezialoperation“ in der Ukraine als „Heiliger Krieg“ bezeichnet, was bei den Mitgliedern des ÖRK „tiefe Besorgnis“ ausgelöst habe. Im Namen des ÖRK forderte dessen Generalsekretär Jerry Pillay am 12. April vom russischen Patriarchen Kirill [eine Erklärung](#), ob das Dokument als Ausdruck der Position der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) verstanden werden sollte, und wie eine Mitgliedskirche des ÖRK solche Positionen vertreten könne.

Neben anderen Bedenken kann der ÖRK die Aussage, dass die militärische Spezialoperation ein Heiliger Krieg sei, nicht mit früheren Aussagen des russischen Patriarchen Kirill „in Einklang bringen“, aber auch nicht mit den Erklärungen der Leitungsorgane des ÖRK oder dem biblischen Friedensstiftungsaufruf. Bei einem [Treffen mit Pillay im Mai 2023 in Moskau habe Patriarch Kirill](#) gesagt, alle seine Verweise auf einen Heiligen Krieg in der aktuellen Lage hätten sich auf die metaphysische Sphäre bezogen, nicht auf den physischen Konflikt in der Ukraine. Er hätte auch dem ÖRK-Generalsekretär beigepflichtet, dass keine bewaffnete Gewalt heilig sein könne.

Pillay erinnerte daran, dass seit dem russischen Großangriff auf die Ukraine die höchsten Leitungsorgane des ÖRK – das Zentralkomitee und die Generalversammlung – im Juni und September 2022 ihre Position klar geäußert hätten, dass „Krieg mit Gottes Natur und seinem Willen für die Menschheit sowie unseren fundamentalen christlichen und ökumenischen Prinzipien nicht kompatibel ist“. Zugleich lehnten sie jeglichen „Missbrauch religiöser Sprache und Autorität, um den bewaffneten Angriff und Hass zu rechtfertigen“, ab. Bei beiden Treffen und der Verabschiedung der Dokumente sei die ROK anwesend gewesen.

Am 10. April [besuchte Metropolit Epifanij \(Dumenko\), das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche der Ukraine \(OKU\), den ÖRK](#) auf Einladung von Generalsekretär Pillay. Sie besprachen die aktuelle Situation in der Ukraine, die Rolle der OKU auf dem Weg zum Frieden, das Engagement des ÖRK und den Aufnahmeprozess der OKU in den ÖRK. Laut Pillay war das Treffen „sehr informativ“, er sei sehr von „positiven Bestrebungen [der OKU], den Krieg zu beenden, Dialog zu unterstützen und Lösungen zur Förderung guter Beziehungen auf allen Ebenen zu finden, beeindruckt“ gewesen. Zudem fanden Gespräche mit Benjamin Simon, zuständig für Kirchenbeziehungen und Mitgliedschaftsanträge, sowie Doug Chial, Direktor des Büros des Generalsekretariats, über die Prozeduren zur Aufnahme der OKU in den ÖRK statt. (NÖK)

Russland: Europarat wirft Russischer Orthodoxer Kirche Kriegsverbrechen vor

02. Mai 2024

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) hat in einer Resolution die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) für Kriegsverbrechen gegen die Ukraine

mitverantwortlich gemacht. Mit der Resolution wollte die [Parlamentarische Versammlung dem im Februar 2024 in Haft verstorbenen Alexej Navalnyj Tribut zollen](#) und forderte zugleich energische Maßnahmen gegen das Regime von Vladimir Putin. Dabei bezeichnete sie Russland unter Putins Herrschaft als „de facto Diktatur“, deren Regime einen „Krieg gegen die Demokratie“ führe. Mit omnipräsenten Sicherheitskräften, Massenüberwachung der Gesellschaft und brutalen Repressionen gegen friedliche Proteste sei Russland zu einem „totalitären Staat“ geworden, dessen Funktionieren einer kriminellen Organisation ähnele.

In der am [17. April einstimmig verabschiedeten Resolution](#) heißt es, das Regime habe sich völlig der „neoimperialistischen Ideologie der Russischen Welt“ verschrieben, mit der es die „Überreste der Demokratie zerstört, die russische Gesellschaft militarisiert und äußere Aggression rechtfertigt, um die Grenzen Russlands auf alle Gebiete, die einmal unter russischer Herrschaft waren, auszudehnen“. Die ROK und ihre Hierarchie, darunter Patriarch Kirill, seien Verfechter der Ideologie der Russischen Welt, sie „erklären den Krieg gegen die Ukraine und den ‚satanischen‘ Westen zu einem ‚heiligen Krieg aller Russen‘ und rufen die orthodoxen Gläubigen auf, sich für ihr Land zu opfern“, heißt es in Punkt 13 des Dokuments weiter. Die Parlamentarische Versammlung sei von diesem „Missbrauch von Religion“ und „Verzerrung der christlichen orthodoxen Tradition“ durch das Regime und seine „Vertreter in der Hierarchie des Moskauer Patriarchats“ abgestoßen. Sie verurteilte diese Rhetorik und betonte, dass die Anstiftung zu Aggression, Genozid und Kriegsverbrechen selbst ein Verbrechen sei. Sie rief alle Staaten dazu auf, Patriarch Kirill und die Hierarchie der ROK als „ideologische Verlängerung des Regimes von Vladimir Putin zu behandeln, die an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Namen der Russischen Föderation und der Ideologie der Russischen Welt mitschuldig ist“.

In Punkt 26.14 ruft die Parlamentarische Versammlung schließlich die Mitglieds- und Beobachterstaaten des Europarats und der EU auf, anzuerkennen, dass die ROK „vom Kreml-Regime als Instrument des russischen Einflusses und der Propaganda benutzt wird und nichts mit Religionsfreiheit und Meinungsäußerungsfreiheit zu tun hat“.

[Vladimir Legojda, der Vorsitzende der Synodalabteilung der ROK für die Beziehungen zur Gesellschaft und den Medien](#), verunglimpfte die Parlamentarische Versammlung als völlig realitätsfern. Auf *Telegram* schrieb er, sie existiere seit längeren in einer „besonderen politischen Realität, die nicht allzu sehr mit dem gültigen Völkerrecht und manchmal auch nicht mit dem gesunden Menschenverstand verbunden ist“. Die Resolution erstaune mit ihrem „unverhüllten Hass, multipliziert mit juristischer Hinfälligkeit“. Die Autoren „dieses Opus“, die „wahrscheinlich über keinerlei grundlegende Bildung“ verfügten, sollten daran erinnert werden, dass keine Organisation Millionen von Gläubigen, die in einer Kirche vereint seien, die Religionsfreiheit wegnehmen könne, so Legojda weiter. Auch wenn deren Position „irgendeiner Gruppe Menschen, die in einer quasi-religiösen Sekte von Hassern der russischen Orthodoxie vereint sind und sich Versammlung nennen“, fremd sei. (NÖK)

Ukraine: Zelenskyj dankt der OKU und der UGKK für ihren Einsatz

16. Mai 2024

Der ukrainische Präsident Volodymyr hat die Oberhäupter der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche (UGKK) und der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) getroffen, um seine guten Wünsche anlässlich der Osterfeiertage zu überbringen. Zugleich [dankte er den beiden Kirchen](#) für ihre Gebete und konkreten Taten zur Unterstützung der

Ukrainerinnen und Ukrainer. Ostern bedeute der Bevölkerung viel und es werde überall gefeiert, auch an der Front. Die dritte große Glaubensgemeinschaft in der Ukraine, die Ukrainische Orthodoxe Kirche, war nicht zu dem Treffen eingeladen.

Metropolit Epifanij (Dumenko), das Oberhaupt der OKU betonte, dass es nur mit Einigkeit möglich sei, die Besatzer zu besiegen. Er wünsche sich für die Ukraine einen gerechten Frieden, aber das sei nur möglich, wenn „wir den Feind bezwungen haben“. Seine Kirche bete nicht nur, was ihre heilige Pflicht sei, sondern engagiere sich auch im sozialen Dienst. Auch Großerzbischof Svjatoslav (Schevtschuk), das Oberhaupt der UGKK, betonte das soziale Engagement seiner Kirche, sie sei während des Kriegs immer an der Seite derer, die es am schwersten hätten. Dazu zählten in erster Linie die Soldat:innen, denen die UGKK durch ihre Kapläne beistehe, die schon seit 2014 den Kämpfern an die Front folgten. Außerdem leiste die UGKK durch ihre zentralen Strukturen und ihre Gemeinden humanitäre Hilfe. Zudem betreibe sie Lobbyarbeit im Ausland und begleite ukrainische Geflüchtete im Ausland seelsorgerisch. Die Teilnehmer des Treffens besprachen außerdem, wie der ukrainische Friedensplan unter religiösen Vertretern befördert werden kann. Weitere Themen waren die Ausweitung der Arbeit der Kapläne und der Kampf gegen russische Propagandanarrative.

Am 11. Mai teilte das Ökumenische Patriarchat nach einem Telefonat von Patriarch Bartholomaios mit Präsident Zelenskyj mit, [dass Bartholomaios an der Ukraine-Friedenskonferenz im Juni in der Schweiz teilnehmen werde](#). Für die Ukraine hat laut Zelenskyj die Teilnahme des Ökumenischen Patriarchen große symbolische Bedeutung. Er schätze den „wichtigen Beitrag des Ökumenischen Patriarchats zu Wiederherstellung eines gerechten Friedens“, schrieb er auf X. Bartholomaios hatte zudem während seines Ostergottesdienstes dazu aufgerufen, die Initiative zu einem umfassenden Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und Russland zu unterstützen.

Der russische Patriarch [Kirill sagte in einer Oster-Fernsehansprache](#) an die russische Bevölkerung, dass die Russische Orthodoxe Kirche „aktiv denjenigen hilft, die unter Einsatz ihres Lebens an den vordersten Verteidigungslinien des Vaterlandes und der traditionellen christlichen Werte stehen“, die Nahestehende verloren hätten oder verletzt worden seien. Die Eparchien, Klöster, Gemeinden und orthodoxen Freiwilligen leisteten ihren Beitrag zu dieser „Volkstat“, dafür dankte er ihnen. (NÖK)

Ukraine: Ukrainische Orthodoxe Kirche darf keine Militärg Geistlichen mehr stellen

13. Juni 2024

Die ukrainische Regierung hat eine neue Regelung verabschiedet, die den [Zugang zum Amt des Militärg Geistlichen einschränkt](#). So haben Geistliche kein Recht, ein Mandat als Militärkaplan zu erhalten, wenn sie zu einer Religionsgemeinschaft gehören, deren Zentrum in einem sog. Aggressorstaat liegt. Mit Aggressorstaat ist ein Land gemeint, das einen bewaffneten Angriff auf die Ukraine verübt hat, namentlich Russland. Dies betrifft in erster Linie die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK), die bis zu ihrer [Erklärung der Unabhängigkeit im Mai 2022](#) dem Moskauer Patriarchat unterstand.

Die ukrainischen Behörden werfen der UOK trotz ihrer Loslösung vom Moskauer Patriarchat, noch immer von diesem kontrolliert zu werden. Zu diesem Schluss kam auch ein [Expertengutachten des Staatsdienstes der Ukraine für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit](#), das die UOK weiterhin als Unterabteilung der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) einstufte. Im ukrainischen Parlament sind auch mehrere [Gesetzesentwürfe](#) hängig, die die Aktivitäten der UOK mit der gleichen Begründung einschränken wollen,

bis hin zu einem völligen Verbot. Die UOK bestreitet die Vorwürfe vehement und prangert das Vorgehen gegen sie als Verletzung der Religionsfreiheit an. (NÖK)

Ukraine: Petition für alternativen Dienst für Gläubige

27. Juni 2024

Am 10. Juni ist eine [Petition](#) lanciert worden, die einen alternativen Dienst zum Militärdienst für Gläubige auch zu Kriegszeiten fordert. [Angehörige von Religionsgemeinschaften sollen eine Alternative zum Kampfeinsatz](#) leisten dürfen, wenn die Teilnahme an Kampfhandlungen ihren Überzeugungen widerspricht. Ein alternativer Dienst ist in Friedenszeiten in der Ukraine gesetzlich vorgesehen, das Gesetz regelt aber die Situation im Fall eines Kriegs nicht. In ihrer Argumentation verweist die Petition auf die ukrainische Verfassung, in der das Recht auf freien Ausdruck der religiösen Überzeugungen auch zu Krisenzeiten festgehalten ist. Die Einberufungsbüros würden aber den Ersatz durch einen alternativen Dienst verweigern, daher sei eine gesetzliche Basis nötig.

Im Mai 2024 bestätigte das [Oberste Gericht der Ukraine](#) einen Schuldspruch der Vorinstanzen gegen einen Kriegsdienstverweigerer aus religiösen Gründen. Allerdings schloss es die Möglichkeit nicht grundsätzlich aus, sondern betrachtete die Aussagen des Beschuldigten zu seiner Weltanschauung als nicht überzeugend. Im Gegensatz dazu hat ein [Kyjiwer Gericht](#) Anfang 2024 das Recht eines Angehörigen der Zeugen Jehovas auf alternativen Militärdienst auch im Kriegsfall anerkannt.

Die Petition, die an den Präsidenten der Ukraine gerichtet ist, hat bisher knapp 7000 Unterschriften erhalten. Sie muss innert drei Monaten 25'000 Unterschriften sammeln, um dem Präsidenten vorgelegt zu werden. (NÖK)

Schweiz: Ökumenisches Patriarchat und Vatikan unterstützen Friedensgipfel

27. Juni 2024

An der Ukraine-Friedenskonferenz am 15. und 16. Juni auf dem Bürgenstock in der Schweiz nahmen sowohl das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel als auch der Vatikan teil. Der Ökumenische [Patriarch Bartholomaios hielt am 16. Juni eine Rede](#), in der er seine Teilnahme als „Ehre und Pflicht“ bezeichnete. Krieg sei „immer zerstörerisch“, angesichts von Krieg zu schweigen, sei eine „Schande“. Es ist „unsere Pflicht und Mission, den Frieden zu verteidigen und zu fördern“, sagte er weiter. Als treibende Kraft hinter der Konferenz bezeichnete er die Betonung und die Macht des Dialogs. Abschließend wiederholte er seine Unterstützung für einen gerechten und dauerhaften Frieden in einer souveränen Ukraine.

Am Rande der Friedenskonferenz [trafen sich Patriarch Bartholomaios und der ukrainische Präsident Volodymyr Zelenskyj](#) zu einem Gespräch. Zelenskyj dankte dem Patriarchen für seine Unterstützung und Gebete, insbesondere für die humanitäre Hilfe, sowie bei der Rückführung entführter ukrainischer Kinder und bei Gefangenenaustauschen. Zudem dankte er dafür, dass der Patriarch für die Teilnahme von Staaten an der Konferenz geworben habe. Außerdem würdigte er die Bemühungen von Patriarch Bartholomaios zur Stärkung der ukrainischen Orthodoxie und ihre Unterstützung auf internationaler Ebene.

Patriarch [Bartholomaios unterzeichnete auch die gemeinsame Erklärung](#) der Friedenskonferenz. Darin wird festgehalten, dass ukrainische Atomkraftwerke gesichert

und geschützt werden müssen sowie der souveränen Kontrolle der Ukraine und der Aufsicht der Internationalen Atomenergieagentur unterstellt werden sollen. Zudem soll die freie und sichere Handelsschifffahrt gewährleistet werden. Ein weiterer Punkt ist die Forderung, dass alle Kriegsgefangenen ausgetauscht werden und alle entführten ukrainischen Kinder und willkürlich inhaftierten ukrainischen Zivilistinnen und Zivilisten in die Ukraine zurückgebracht werden. [89 Staaten und sechs Organisationen haben bis zum 26. Juni die Erklärung unterzeichnet](#), der Irak, Jordanien und Ruanda haben ihre Unterschrift zurückgezogen. Gewichtige Staaten wie Indien, Brasilien oder Saudi-Arabien haben die Erklärung nicht unterzeichnet, während China gar nicht an der Konferenz teilnahm.

Der Vatikan unterzeichnete die Erklärung ebenfalls nicht, was er mit seiner Rolle als Beobachter und seiner Praxis, keine gemeinsamen Erklärungen zu unterschreiben, begründete. Zugleich drückte er seine Unterstützung für die Ergebnisse der Konferenz aus. In seinem [Statement wiederholte Kardinal Pietro Parolin](#), dass nur ein Dialog zwischen allen beteiligten Seiten zu einem „wahren, stabilen und gerechten Frieden“ führen könne. Er bestätigte das fundamentale Prinzip des Respekts für die Souveränität und territoriale Integrität jedes Landes. Zudem drückte er seine große Sorge über die humanitären Folgen des Kriegs und das besondere Engagement des Vatikans für die Rückführung ukrainischer Kinder und die Freilassung von Gefangenen aus. Besonders besorgt zeigte er sich auch über Berichte über die Nichtbefolgung der Genfer Konventionen.

Kurz vor der Friedenskonferenz in der Schweiz [trafen sich Papst Franziskus und Präsident Zelenskyj](#) im Rahmen des G7-Treffens in Italien. Dabei besprachen sie die Folgen von Russlands Krieg gegen die Ukraine, den russischen Luftterror und die schwierige Lage bei der Energieversorgung. Außerdem ging es um den ukrainischen Friedensplan, die Rolle des Vatikans beim Friedensprozess und die Erwartungen an die Friedenskonferenz in der Schweiz. Zelenskyj würdigte dabei die Teilnahme des Vatikans an der Friedenskonferenz und seine Friedensbemühungen insgesamt, insbesondere zur Rückführung ukrainischer Kinder. (NÖK)

Russland: Verurteilter ukrainischer Metropolit nach Russland überstellt

27. Juni 2024

Metropolit Ionafan (Jeletschich) von Tultschyn von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK), der in der Ukraine zu einer Haftstrafe verurteilt worden war, ist [freigelassen worden und hat die Ukraine verlassen](#). Am 22. Juni wurde er an die Grenze zu Belarus gebracht und Vertretern Russlands übergeben. Das Appellationsgericht von Vinnytsja hatte am 18. Juni das Urteil der ersten Instanz bestätigt. Ionafan war im [August 2023 zu fünf Jahren Haft mit Beschlagnahmung des Besitzes verurteilt](#) worden, weil er den russischen Angriffskrieg gerechtfertigt bzw. geleugnet sowie prorussische Propaganda betrieben habe. Der Metropolit kam im Austausch für mehrere ukrainische Kriegsgefangene frei.

Der 75-jährige Metropolit, der während des Berufungsverfahrens unter Hausarrest stand, ist gesundheitlich angeschlagen. 2022 musste er sich während der [Untersuchung gegen ihn](#) einer Herzoperation unterziehen, im März 2024 erlitt er einen Schlaganfall. Im April 2024 wurde er auf seinen Wunsch in ein Verzeichnis von Kandidaten für einen [Kriegsgefangenaustausch mit Russland](#) eingetragen. Später änderte er jedoch seine Meinung und erklärte an einer Gerichtsverhandlung am 12. Juni, dass er gegen einen solchen Tausch sei, da er sich nicht als Kriegsgefangener betrachte. Der Anwalt des

Metropolitan unterstützte dessen Vorgehen und begründete den früheren Wunsch nach einem Austausch mit den Gesundheitsproblemen seines Mandanten. Er betonte, dass Ionafan keine Schuld anerkenne und „weiter zum Wohl der Ukraine arbeiten will“.

Für den Gefangenenaustausch und die Freilassung Ionafans [setzte sich laut eigener Aussage der russische Patriarch Kirill](#) ein, angeblich unterstützte auch Papst Franziskus das Vorhaben. Nachdem er am 23. Juni in der [Kathedrale von Minsk an den Pfingstfeierlichkeiten](#) teilgenommen hat, befindet sich Metropolit Ionafan inzwischen in Moskau. Dort wurde er [von Patriarch Kirill herzlich empfangen](#). Kirill betonte seine persönliche Verbindung zu Ionafan und bedauerte die Auswirkungen der „spirituellen und physischen Gefangenschaft“ auf diesen. Er sei für seine „Treue zum Patriarchen der Russischen Orthodoxen Kirche und seine Weigerung, einen Kompromiss, der an Verrat grenzte, einzugehen,“ verfolgt worden. Als Patriarch, aber auch persönlich habe er sich verpflichtet gefühlt, sich einzumischen und den Metropolitan aus diesen „schrecklichen“ und in Bezug auf ihre Folgen unvorhersehbaren Umständen herauszuholen. Zum Dank für seine Treue zur Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) und als Anerkennung für seine Leistungen verlieh er Metropolit Ionafan eine Auszeichnung.

In den sozialen Medien, gerade auch solchen, die mit Gläubigen der UOK verbunden sind, war [Kritik an diesem Vorgehen](#) zu lesen. Damit werde die Ansicht bestätigt, dass Metropolit Ionafan, aber auch andere Geistliche der UOK prorussisch und der ROK treu ergeben seien. Das schade dem Image der UOK und liefere eine Rechtfertigung für den staatlichen Druck auf sie und die Verfolgung ihrer Gläubigen. Nützlich seien die Ereignisse für diejenigen, denen eine verstärkte Polarisierung nütze, auf ukrainischer wie auf russischer Seite. Für den [proukrainischen Teil der UOK](#) hingegen seien die Ereignisse demoralisierend. (NÖK)

Ukraine: Geistliche aus russischer Gefangenschaft freigekommen

11. Juli 2024

Zwei Geistliche der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche (UGKK) sind am 28. Juni 2024 im Rahmen eines Gefangenenaustauschs freigekommen. Die beiden [Priestermönche der Redemptoristen Ivan Levytskyj und Bohdan Heleta](#) wurden vom Kyjiwer Vikarbischof Andrij Chymjak und vom Leiter des Außenamts der UGKK, Oleksa Petryv, in Empfang genommen. Außer den beiden Geistlichen wurden acht weitere Gefangene von Russland freigelassen.

Die beiden Priester waren am 16. November 2022 im von Russland besetzten Berdjansk verhaftet worden, ihnen wurde illegaler Waffenbesitz vorgeworfen. Vonseiten der UGKK hieß es, ihnen sei militärisches Gerät untergeschoben worden. Lange Zeit gab es über ihr Schicksal keine Informationen, lediglich Gerüchte, dass sie gefoltert würden. Erst im Mai 2024 erhielt die UGKK die Nachricht, dass die beiden Geistlichen am Leben seien und Hoffnung auf einen Gefangenenaustausch bestehe. In ihrem Kommuniqué betonte die UGKK, die beiden Priester hätten damals entschieden, bei ihren Gemeinden in den besetzten Gebieten zu bleiben. Sie hätten sowohl für griechisch-katholische als auch für römisch-katholische Gläubige Gottesdienste gefeiert.

Der ukrainische [Präsident Volodymyr Zelenskyj und das Oberhaupt der UGKK, Großerbischof Svjatoslav \(Schevtschuk\)](#), dankten dem Papst und der Vatikan-Diplomatie für ihren Beitrag zum Gefangenenaustausch und zur Befreiung der ukrainischen Gefangenen. Großerbischof Svjatoslav dankte insbesondere Papst Franziskus, Kardinal Pietro Parolin und dem gesamten diplomatischen Korps des Vatikans. Außerdem dankte

er Kardinal Matteo Zuppi und Erzbischof Visvaldas Kulbokas, dem Apostolischen Nuntius in der Ukraine, besonders. Sie alle hätten einen unschätzbaren persönlichen Beitrag zur Befreiung der Gefangenen geleistet.

Der Menschenrechtsbevollmächtigte des ukrainischen Parlaments, Dmytro Lubinets, betonte, dass der Vatikan [zum ersten Mal in einem solchen Fall Unterstützung](#) geleistet habe. Bisher habe er nur bei der Rückführung von entführten ukrainischen Kindern geholfen. Er hoffte, dass sich nun ein neuer „Kanal der Kommunikation und der Rückkehr von Bürger:innen in die Ukraine“ geöffnet habe.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass neben [Metropolit Ionafan \(Jeletskich\)](#) zwei [weitere Geistliche der Ukrainischen Orthodoxen Kirche \(UOK\) nach Russland überstellt](#) wurden. Laut der Menschenrechtsbevollmächtigten Russlands, Tatjana Moskalkova, wurden Nikolaj Zakrojets aus der Eparchie Sumy und Aleksandr Lunegov aus der Eparchie Dnepropetrovsk freigelassen. Lunegov war in der Ukraine wegen „Rechtfertigung der Aggression gegen die Ukraine“ zu fünf Jahren Haft verurteilt worden, Zakrojets wegen Staatsverrats zu 15 Jahren. Außerdem wurde [2023 Andrij Pavlenko](#), Vorsteher einer Kirche in Lysytschansk, ebenfalls wegen Staatsverrats verurteilt, gegen 28 ukrainische Kriegsgefangene ausgetauscht. (NÖK)

Ukraine: Oberstes Gericht zur Mobilisierung von Gläubigen

25. Juli 2024

In seinem Überblick über die Gerichtspraxis in der Ukraine für Juni 2024 hat das Strafrechtsskassationsgericht auch Urteile im Zusammenhang mit der Mobilisierung von Gläubigen begutachtet. In letzter Zeit befassten sich verschiedene Gerichte in der Ukraine mit Fällen von Mobilisierten, die aus religiösen Gründen den Kriegsdienst verweigerten und dafür von den Rekrutierungszentren bestraft wurden. Dabei fielen die Urteile unterschiedlich aus, jedoch meist zuungunsten der Einberufenen.

Das [Strafrechtsskassationsgericht, das Bestandteil des Obersten Gerichts der Ukraine ist, führte in seinem Überblick aus](#), dass die „verfassungsmäßige Verpflichtung zur Verteidigung des Vaterlands“ keine direkte Verpflichtung zur Verwendung von Waffen vorsehe, sondern ein „breites Spektrum an Möglichkeiten zur Verteidigung der territorialen Unversehrtheit und Souveränität des Staats“ im Kriegsfall biete. Als Beispiele zählte es die Reparatur von Technik, Bau von Verteidigungsanlagen, Transport von Verwundeten, Gütertransport und weitere Funktionen auf. Das Gericht verwies zwar auf das Recht für alternativen Dienst für Wehrdienstpflichtige, deren religiöse Überzeugungen keinen Militärdienst zulassen und die zu einer religiösen Organisation gehören, deren Lehre die Verwendung von Waffen nicht erlaubt. Aber die Religionsfreiheit sei nicht absolut und könne eingeschränkt werden. Bedingung dazu seien Rechtmäßigkeit, ein legitimes Ziel wie die Interessen der gesellschaftlichen Sicherheit, die Notwendigkeit, die öffentliche Ordnung, Gesundheit oder Moral zu schützen, sowie der Schutz der Rechte und Freiheiten anderer Personen, außerdem müsse die Maßnahme proportional und nur so weit gehen, wie zur Erreichung der angegebenen legalen Ziele nötig sei.

Die [Aktivistengruppe „Christen gegen den Krieg“ kritisierte](#) die Ausführungen. Der Kommentar bringe in dieser Form nicht nur keine Klarheit, sondern verwirre die Bürger der Ukraine nur noch mehr. Zurzeit läuft auch die [Unterschriftensammlung für eine Petition](#) an den ukrainischen Präsidenten, die eine rechtliche Regelung fordert, die es Gläubigen auch im Kriegsfall ermöglicht, alternativen Dienst zu leisten. Sie hat allerdings

noch nicht einmal einen Drittel der benötigten Unterschriften erhalten, die Frist dauert aber noch 48 Tage (Stand 27. Juli).

Die theologisch-kanonische Kommission des Hl. Synods der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) hat sich zudem zur [Mobilisierung Geistlicher](#) geäußert. Sie kommt zum Schluss, dass ein Geistlicher „auf keinen Fall an Kampfhandlungen teilnehmen, Waffen verwenden und Blut vergießen kann“. Sie begründet das ausführlich mit der Lehre, dass ein Mord die Ausübung des Priesteramts verunmögliche. Als praktischen Aspekt führte sie an, dass ein Geistlicher, der selbst von der Teilnahme an Kampfhandlungen belastet ist, Kriegsrückkehrer nicht angemessen seelsorgerlich betreuen könne. (NÖK)

Ukraine: OKU entfernt mit Russland verbundene Gedenktage aus ihrem Kirchenkalender

25. Juli 2024

Der Hl. Synod der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) hat [Änderungen an deren offiziellem Kirchenkalender vorgenommen](#). Auf Empfehlung der synodalen Kalender-Kommission wurden Gedenktage entfernt, die nur eine lokale Bedeutung für die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) haben. Zugleich wurden Gedenktage für von anderen orthodoxen Lokalkirchen besonders verehrte Heilige eingeführt sowie für Heilige, die ihren Dienst in der Ukraine leisteten.

Unter anderem entschied der Hl. Synod, die am 14. Februar gefeierte Überführung der Reliquien des Märtyrers Großfürst Michail von Tschernigov und des Bojaren Fjodor [aus dem Kirchenkalender zu entfernen](#), weil die Überführung der Reliquien der Heiligen 1578 aus Tschernihiv nach Moskau auf Befehl von Zar Ivan dem Schrecklichen erzwungen worden sei. Ebenso strich er den Gedenktag der Überführung der Reliquien des Fürsten Vsevolod von Pskov, da es sich um einen lokalen Feiertag – am 22. April – in Pskov zum Gedenken an die Überführung der Reliquien in die Hauptkirche der Stadt handle. Außerdem wurde der Gedenktag der Ikone der Gottesmutter von Kazan gestrichen, da er einen lokalen Feiertag darstelle, der im Moskauer Reich zum Gedenken an die „Befreiung Moskaus von den Polen“ 1612 eingeführt wurde. Auf diese Weise wurden zwölf Gedenktage aus dem Kirchenkalender gestrichen, zugleich wurden 15 neue Gedenktage eingeführt. Außerdem wurden einige Feiertage umbenannt oder angepasst, und die zweite Woche nach Ostern soll künftig als „Woche des Gedenkens an die Toten“ bezeichnet werden.

Die vollständige Liste der Änderungen findet sich in der [Beilage zu Beschluss Nr. 38 des Hl. Synods](#) der OKU vom 14. Juni 2024. (NÖK)

Ukraine: Kardinal Parolin besucht die Ukraine und betont Nähe des Papstes

25. Juli 2024

Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin hat vom 19. bis 24. Juli 2024 zum ersten Mal seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs die Ukraine besucht. Anlass war der Abschlussgottesdienst der Nationalwallfahrt der ukrainischen Katholikinnen und Katholiken ins Marienheiligtum von Berdytschiv in der Nordwestukraine, zu dem ihn Papst Franziskus als Sonderbeauftragten entsandt hatte. Zugleich sei der Besuch ein Ausdruck der Aufmerksamkeit des Papstes sowie seiner Nähe zur „gemarterten Ukraine“, erklärte Parolin.

An der Messe in Berdytschiv, einem spirituellen Zentrum der ukrainischen Katholiken und bedeutendsten römisch-katholischen Wallfahrtsort in der Ukraine, betete Kardinal Parolin für Frieden und [versicherte die Gläubigen der Nähe des Papstes](#), der ihren Schmerz teile und seine „väterliche Umarmung“ anbiete. Er ermutigte die Kirche, „prophetisch“ zu sein und unablässig zu beten. Zudem rief er dazu auf, nie das „Vertrauen und die Hoffnung in Gott“ zu verlieren, auch wenn es angesichts der Schrecken des Kriegs scheine, als ob das Böse die Oberhand habe. Dazu erinnerte er an die Kreuzigung, als der Tod zu triumphieren schien, und die darauffolgende Auferstehung an Ostern.

In Kyjiw [besuchte Kardinal Parolin die Auferstehungs-Kathedrale, die Hauptkirche der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche \(UGKK\)](#), und die Residenz des Oberhauptes der UGKK, Großerbischof Svjatoslav Schevtschuk. Schevtschuk empfing Parolin in der Kirche und dankte ihm für seinen Besuch und schilderte ihm die Aktivitäten der UGKK im Zusammenhang mit dem Krieg. Parolin erklärte, froh zu sein, nach seinem letzten Besuch in der Ukraine 2016 zurückgekehrt zu sein, da er einen „bedeutenden Fortschritt“ beobachtet habe. Auch hier rief er die Kirche auf, eine „prophetische Rolle zu erfüllen“ und für Frieden zu beten. Die Botschaft des Papstes sei seine Nähe, die er seit dem Beginn des Kriegs immer wieder zeige.

Großerbischof [Svjatoslav würdigte den Besuch](#) des Kardinalstaatssekretärs auch angesichts einer schwindenden Aufmerksamkeit für die Ukraine. Es sei nicht nur eine Demonstration der Solidarität des Papstes mit dem ukrainischen Volk, sondern auch eine Botschaft an die internationale Gemeinschaft. Der Besuch werde von vielen auf der ganzen Welt beachtet, was der Kardinal sage, sei sowohl für die Ukraine als auch für die Welt wichtig. Deshalb bezeichnete er den Besuch als „historisch“.

Bei einem [Treffen mit dem Allukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen](#) schilderte Pietro Parolin die „dreifache Mission“ des Vatikans für die Ukraine. Die erste Mission bestehe darin, alles dafür zu tun, damit die Welt den Krieg nicht vergesse. Die zweite Mission sei humanitär und beinhalte die Lieferung humanitärer Hilfe an die Bevölkerung und die Unterstützung bei der Befreiung von Kriegsgefangenen und gefangenen Zivilisten. Die dritte Mission sei die Diplomatie, deren einziges Ziel es sei, zu einem gerechten Frieden beizutragen. Der Vatikan unterstütze seit Beginn die „Friedensformel“ des ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelenskyj, insbesondere in humanitären Fragen.

Kardinal Parolin besuchte neben Lviv und Kyjiw auch Odessa, wo er mit dem dortigen römisch-katholischen Bischof und Gläubigen zusammentraf. Zudem besuchte er die orthodoxe Kathedrale, die bei einem [Bombenangriff im Juli 2023 schwer beschädigt](#) wurde.

Auf seiner Reise traf Pietro Parolin auch staatliche Vertreter, unter anderem [Präsident Zelenskyj](#). Dieser würdigte den persönlichen Beitrag des Kardinals zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und dem Vatikan. Sein Besuch sei ein „starkes Signal“ des Vatikans, dafür danke er. Auch für die Teilnahme am Friedensgipfel in der Schweiz dankte der Präsident, dieser sei ein „erster Schritt auf dem Weg zum Frieden“ gewesen und alle Schritte seien wertvoll. Zudem sprachen sie über das Treffen des Präsidenten mit dem Papst am Rande des G7-Gipfels im Juni in Italien sowie über die Folgen des russischen Angriffs für die Ukraine.

Auch Treffen mit dem Parlamentspräsidenten Ruslan Stafantschuk und mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal standen auf dem Programm. Dieser würdigte die humanitäre Hilfe des Vatikans, insbesondere die Beteiligung an der Rückführung deportierter ukrainischer Kinder und Kriegsgefangener. Weitere Themen waren die Erreichung eines gerechten Friedens und die Ernährungssicherheit. Schmyhal äußerte zudem die Hoffnung, dass der Vatikan beim Wiederaufbau der medizinischen

Infrastruktur in der Ukraine helfen werde. In Kyjiw besuchte Parolin auch das von einem russischen Raketenangriff schwer beschädigte Kinderkrankenhaus Ochmatdyt.

Im Anschluss an seine Reise sagte Parolin in einem Interview für die italienische Zeitung *Avvenire*, dass Russland am Verhandlungstisch nicht fehlen dürfe. Dies sei eine Schwäche des Friedensplans von Präsident Zelenskyj. Doch dieser erkenne inzwischen die Notwendigkeit einer Beteiligung Russlands. Allerdings zweifelte Parolin, dass Russland eine Einladung der Ukraine zur nächsten Friedenskonferenz annehmen würde. (mit Material von [Kathpress](#)) (NÖK)

Russland: Patriarch verleiht Präsident Orden und betont Einheit der Rus

15. August 2024

Der russische Patriarch Kirill hat im Alexander-Neuskij-Kloster in St. Petersburg, wo die Reliquien des Heiligen aufbewahrt werden, dem russischen Präsidenten [Vladimir Putin den Orden des Hl. Alexander Neuskij verliehen](#). Die Zeremonie fand am 28. Juli, dem Gedenktag des Hl. Großfürsten Vladimir und dem staatlichen und kirchlichen Feiertag der Taufe der Rus, statt. Grund für die Auszeichnung war, dass der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) vom Staat die [Dreifaltigkeitsikone](#) von Andrej Rubljov und der [Sarkophag von Alexander Neuskij](#) übergeben worden waren.

Patriarch Kirill dankte dem Präsidenten für das Viele, das er für die „Wiedergeburt des spirituellen Lebens in Russland“ tue, insbesondere für die „Bedingungen, die der Staat schafft, darunter für orthodoxe Menschen“. Russland sei ein einzigartiges Beispiel dafür, wie ein „modernes, technisch und wissenschaftlich entwickeltes Land den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und ein fortschrittliches und sehr gerechtes soziales System mit der Achtung des religiösen Faktors und des religiösen Glaubens verbinden kann“. Er wünschte dem Präsidenten Gottes Hilfe und Kraft, um weiterhin das „Land und das Volk so zu führen, dass wir nicht von unserem historischen Weg abkommen, diesen Weg aber entsprechend den Herausforderungen und der Situation anpassen, die aus der aktuellen menschlichen Zivilisation erwachsen“.

Präsident Putin bedankte sich für die Auszeichnung und erklärte, die ROK sei „zweifelloso eines der wichtigsten moralisch-ethischen Fundamente der Existenz des russischen Volks“. Gemeinsam mit den anderen traditionellen russischen Religionen sei die ROK zudem die Grundlage der russischen Staatlichkeit. Zudem trage die ROK zur Stärkung des Staats bei, denn nichts sei mächtiger und stärker als der geistige Anfang. Darauf baue alles andere auf.

Am 28. Juli richtete [Patriarch Kirill auch eine Botschaft](#) an die Teilnehmenden an einem Gedenkgottesdienst beim Denkmal für den Hl. Vladimir in Moskau. Darin erinnerte er daran, dass Großfürst Vladimir mit der Annahme des Christentums die „auffallendste und tiefste Veränderung im Leben unseres Volks“ bewirkt habe. Er bezeichnete die Bewahrung des Glaubens als Berufung und gemeinsame Pflicht der Anwesenden. Denn wenn „wir unsere christliche Identität verlieren, verlieren wir auch Russland“, hieß es in der Botschaft weiter. Damit „werden wir zu einer leichten Beute für dunkle Mächte und gefährliche andersartige Einflüsse“. Die Kraft der „Völker der historischen Rus“ liege in ihrer Einheit, die auf gemeinsamen geistlich-moralischen Werten aufbaue. Daher sei das Hauptziel derjenigen, die andauernde Querelen und Fehden säten, „uns in die Finsternis eines neuen Heidentums zu treiben und uns unseres beständigen geistlichen und moralischen Pfeilers zu berauben“. Abschließend rief er zum Gebet für die Stärkung des orthodoxen Glaubens „in der Heiligen Rus“ auf. Inständig gelte es auch darum zu beten,

dass durch die „Fürbitte des heiligen Großfürsten die Wunde der Trennung von Russland und Kleinrussland, die uns von äußeren, feindlichen Kräften beigebracht wurde, geheilt wird“.

Ähnliche Töne waren am 29. Juli am [Zweiten Allrussischen Forum des Weltkonzils des Russischen Volks „Russische Welt“ in Sevastopol](#) auf der Krim zu hören. In einer Resolution, deren Verabschiedung die Eparchie Krim der ROK als zentrales Ereignis des Treffens bezeichnete, brachten die Teilnehmenden einen Gesetzesentwurf „Über die Dreieinigkeit des russischen Volks“ vor. Darin werden Ukrainer und Belaruser – „Kleinrussen und Belorussen“ – und „Großrussen“ als „unveräußerliche Teile des russischen Volks“ bezeichnet. Zudem wird der staatstragende Status des russischen Volks hervorgehoben und das russische Volk als „geteiltes Volk, das das Recht auf Wiedervereinigung hat“, bezeichnet. Weiter wird die besondere Rolle der Orthodoxie und der ROK bei der Bewahrung und Stärkung des „dreieinigen russischen Volks“ betont. (NÖK)

Russland: Orthodoxe Kirche sucht Militärgeistliche

28. August 2024

Die Russische Orthodoxe Kirche ([ROK](#)) [benötigt offenbar dringend mehr Militärgeistliche](#). Das geht aus einem Rundbrief von Erzbischof Kallistrat (Romanenko) von Novorossijsk und Gelendzhik hervor, den der orthodoxe Blogger und Diakon [Andrej Kurajev publiziert](#) hat. In dem Schreiben an die Vorsteher der Kirchenkreise der Eparchie heißt es, dass aktuell eine „ernste Notwendigkeit zur Erhöhung des Bestands von freiwilligen Geistlichen in der Zone der Durchführung der Militärischen Spezialoperation“ aufgetaucht sei. Es gelte, Freiwillige zur Teilnahme an dieser „guten Sache“ zu motivieren. Laut dem Schreiben fehlen 250 Geistliche, die in einem Rotationssystem zweimonatige Einsätze leisten sollen.

Die Orthodoxie-Expertin und Journalistin [Ksenia Luchenko berichtete auf Telegram](#), ihr sei ein analoger Rundbrief aus einer zentralrussischen Eparchie zugespielt worden. Offenbar hat die Geschäftsleitung des Moskauer Patriarchats allen Vorstehern von Eparchien geschrieben, dass die Synodalabteilung für die Zusammenarbeit mit den Streitkräften Freiwillige und Unterstützung bei der Rekrutierung braucht. Die Bischöfe wiederum verschickten daraufhin ein Rundschreiben an die Kirchenvorsteher ihrer Eparchie. Der Brief wurde mit dem Segen des russischen Patriarchen Kirill verschickt.

Luchenko machte darauf aufmerksam, dass explizit Freiwillige gesucht würden. Militärkapläne seien Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums und würden vom Staat bezahlt. Hier gehe es um „externe, unbezahlte“ Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang verwies sie auch auf ein Gesetzesprojekt, für das Äbtissin Ksenija (Tschernega), Leiterin der Rechtsabteilung des Moskauer Patriarchats, lobbyiert hatte. Dabei hätten die Löhne und Privilegien der Militärgeistlichen an diejenigen von Vertragssoldaten angeglichen werden sollen. Dazu sei es aber nicht gekommen, die Löhne und Sozialleistungen seien gleich geblieben wie vor dem Krieg. Unklar sei, wofür die zusätzlichen Militärgeistlichen gebraucht würden, schreibt Luchenko weiter. (NÖK)

Ukraine: Parlament verabschiedet umstrittenes Religionsgesetz

29. August 2024

Am 20. August hat die Verchovna Rada, das ukrainische Parlament, das umstrittene [Gesetzesprojekt Nr. 8371 in zweiter Lesung angenommen](#). 265 Abgeordnete stimmten dafür, während 29 dagegen waren und vier sich enthielten. Das Gesetz verbietet auf dem Gebiet der Ukraine die Tätigkeit „ausländischer religiöser Organisationen, die sich in einem Staat befinden, der anerkanntermaßen eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine begangen hat oder begeht und/oder vorübergehend einen Teil des Territoriums der Ukraine besetzt hat, und die direkt oder indirekt (darunter durch öffentliche Auftritte der Leiter oder anderer Leitungsorgane) die bewaffnete Aggression gegen die Ukraine unterstützen“. Das Gesetz war am [19. Oktober 2023 in erster Lesung angenommen](#) worden. Im Juli 2024 hatte eine Gruppe Abgeordneter an einer Parlamentssitzung die Tribüne blockiert, um die Diskussion des Gesetzesprojekts zu erzwingen.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes werden lange diskutierte und umstrittene Einschränkungen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) möglich, die bis im Mai 2022 Teil der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) war und der weiterhin Verbindungen zum Moskauer Patriarchat nachgesagt werden. Allerdings kann die UOK nicht direkt verboten werden, da sie nicht als Gesamtorganisation registriert ist, sondern alle ihre Gemeinden, Organisationen und Institutionen einzeln als religiöse Körperschaften registriert sind.

Den betroffenen Religionsgemeinschaften bleiben laut Ruslan Stefantschuk, dem Vorsitzenden der Rada, [neun Monate, um ihre Verbindungen nach Russland abubrechen](#). Fachleute sollten beurteilen, ob eine entsprechende Zugehörigkeit bestehe, danach könnten die Aktivitäten einer Religionsgemeinschaft verboten werden. Gegen diese Entscheidung können die betroffenen Organisationen vor Gericht klagen. Der Leiter des Rada-Komitees für Fragen der humanitären und Informationspolitik, [Nikita Poturaev, hofft, dass die UOK nun „reale und endgültige Prozesse“ der Ablösung vom Moskauer Patriarchat beginnt](#). Besser noch fände er es, sie würde sich nicht nur von der ROK trennen, sondern zugleich mit der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) vereinigen, aber das brauche Zeit. Auch er rechnet mit mehreren Monaten für die Erarbeitung eines Vorgehens zur Umsetzung des Gesetzes und der Zusammenstellungen eines Expertengremiums sowie der folgenden Umsetzung des Gesetzes.

Der ukrainische [Präsident Volodymyr Zelenskyj](#) erklärte, das Gesetz ver helfe der Ukraine zu „spiritueller Unabhängigkeit“. Es garantiere, dass Moskau die ukrainische Kirche nicht manipulieren könne, und trage zur spirituellen Einigkeit im Land bei. Am 23. August, dem Tag der Unabhängigkeit der Ukraine, [unterzeichnete er das Gesetz](#). Metropolit Kliment (Vetscherja), der Leiter der [Informationsabteilung der UOK, erklärte in einem Kommentar gegenüber der BBC](#), dass das Gesetz der ukrainischen Verfassung und internationalen Verpflichtungen der Ukraine widerspreche. Zudem verstoße es gegen das Gesetz zur Dekommunisierung. Die Vorgänge erinnerten ihn an die „atheistische Ideologie der sowjetischen Zeiten, aber auch an die Methoden, mit denen diese Ideologie umgesetzt wurde“. Als die sowjetischen Behörden die Kirche nicht hätten verbieten können, erschossen sie Millionen Gläubige. Dies sei im 21. Jahrhundert nicht mehr möglich, aber die „Gesellschaft muss dem Auftauchen jeglicher Erscheinungen der Einteilung der ukrainischen Bürger in richtige und falsche gegenüber sehr aufmerksam sein“.

[Großerbischof Svjatoslav \(Schevtschuk\)](#), das Oberhaupt der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche (UGKK), sagte, das Gesetz sei nicht ein Verbot der Kirche, sondern ein „Mittel zur Verteidigung vor der Gefahr, dass Religion als Waffe benutzt wird“. Zudem schütze es vor der Ideologie der „Russischen Welt“. Zwar solle das Gesetz die Religionsfreiheit vor Manipulation schützen, aber es sei wichtig, die praktische Umsetzung

zu überwachen, sagte er weiter. Der [Allukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen hatte das Gesetz im Vorfeld ebenfalls unterstützt](#). Am 17. August erklärte er nach einem Treffen mit Präsident Zelenskyj, dass er die Handlungen der ROK kategorisch verurteile, da sie Komplizin in den „blutigen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, Massenvernichtungswaffen heiligt und offen die Zerstörung der ukrainischen Staatlichkeit, Kultur, Identität und der Ukrainer insgesamt“ befürworte. Er beteuerte, dass die Religionsfreiheit in der Ukraine trotz des Kriegs respektiert werde. Die Hauptbedrohung für die Religionsfreiheit in der Ukraine sei der russische Angriff, wie in den besetzten Gebieten sichtbar sei. Das Moskauer Patriarchat rechtfertige „Pogrome und Einschränkungen der Religionsfreiheit“.

Der [Hl. Synod der ROK kritisierte am 22. August in einem Statement](#) die Verabschiedung des Gesetzes heftig. Er bemängelte, dass zum Verbot einer Religionsgemeinschaft die „Schlussfolgerungen einer ‚religionswissenschaftlichen Begutachtung‘ reichen, die unter den Bedingungen einer ‚Hexenjagd‘ verfälscht sein können und werden“. Da es der ukrainischen Regierung trotz aller Repressionen nicht gelungen sei, die UOK zu erschüttern, sei sie nun dazu übergegangen, sie direkt zu verbieten. Diese Maßnahme „kann alle früheren historischen Repressionen gegen die UOK übertreffen, darunter die Verfolgungen während der Union von Brest, und ist vergleichbar mit so traurigen historischen Präzedenzfällen wie den Verfolgungen im Römischen Reich zur Zeit Neros und Diokletians, der sog. Dechristianisierung Frankreichs während der Französischen Revolution im 18. Jahrhundert, den atheistischen Repressionen in der Sowjetunion und der Zerstörung der Albanischen Orthodoxen Kirche in den 1960er Jahren durch das Regime von Enver Hoxha“. Besonders kritisierte der Hl. Synod die „negative Rolle“ von Patriarch Bartholomaios von Konstantinopel und seiner Hierarchen. Er trage eine persönliche Verantwortung für die „Organisation der Verfolgungen der Gläubigen der UOK“.

[Patriarch Bartholomaios](#) hatte im August in einem Gespräch mit Zelenskyj beteuert, er unterstütze alles, was zum Wohl der Ukraine beitragen solle, darunter auch die Initiative zur spirituellen Unabhängigkeit.

Sehr [kritisch äußerte sich Papst Franziskus](#) am 25. August. Mit Schmerzen verfolge er die Kampfhandlungen in der Ukraine und in Russland. Angesichts des neuen Gesetzes in der Ukraine fürchte er um die Religionsfreiheit: „Wer betet, tut nichts Böses. Wenn jemand Verbrechen gegen sein Volk begeht, ist er diesbezüglich schuldig, aber man kann nicht Böses getan haben, weil man gebetet hat.“ Wer beten wolle, solle das in der Kirche seiner Wahl tun und „keine christliche Kirche sollte direkt oder indirekt verboten werden: Die Kirchen sind unantastbar“, sagte Franziskus weiter. Präsident Zelenskyj wies die Kritik des Papstes zurück und warf ihm vor, in seiner Haltung zum Gesetz [von der russischen Propaganda beeinflusst zu sein](#). Moskau versuche verschiedene religiöse Institutionen in Europa zu beeinflussen. Daher müsse die Ukraine weiterhin um einen „wahrheitsgetreuen Informationsraum“ kämpfen, damit dieser nicht „mit russischen Informationen gefüllt“ werde. Es sei wichtig, nicht den Kontakt zum Vatikan, zu Italien, ganz Europa und den USA zu verlieren.

Besorgt über die Religionsfreiheit und den sozialen Zusammenhalt in der Ukraine zeigte sich auch der [Ökumenische Rat der Kirchen](#) (ÖRK). Er sei „zutiefst alarmiert über das Potential einer ungerechtfertigten Kollektivstrafe einer ganzen Religionsgemeinschaft“. Er rief die Ukraine dazu auf, bei den Untersuchungen gegen Religionsgemeinschaften „fair und unvoreingenommen“ vorzugehen.

[Metropolit Epifanij \(Dumenko\)](#), das Oberhaupt der OKU, rief am 15. August in einem Statement die UOK zum Dialog auf. Die UOK habe früher drei Bedingungen gestellt, um einen Dialog mit der OKU zu beginnen. Diesen könne die OKU aber „aus objektiven und unabhängigen Gründen“ nicht nachkommen. Deshalb rief er nun den Vorsteher und die

Geistlichen der UOK auf, ohne Vorbedingungen einen Dialog aufzunehmen. Obwohl seine zahlreichen früheren Appelle unbeantwortet geblieben seien, wende er sich erneut an die UOK und „bitte, dieses Ersuchen, diese ausgestreckte Hand nicht ohne konstruktive Antwort zu lassen“.

[Gläubige der UOK haben in einem offenen Brief an Metropolit Onufrij](#) (Berezovskij), das Oberhaupt der UOK, appelliert, auf die staatliche Forderung einzugehen, einen Brief an die ROK über den Austritt der UOK aus ihren Strukturen und die Benachrichtigung der anderen orthodoxen Lokalkirchen darüber vorzulegen. Die UOK habe schon im Mai 2022 ihre Trennung von der ROK verkündet, aber die ukrainischen Behörden und Gesellschaft forderten, dass die UOK diese Entscheide mit offiziellen Briefen belege. Das würde helfen zu vermeiden, dass Gemeinden verboten und Kirchgebäude enteignet würden. Abschließend baten die Gläubigen, sie nicht allein zu lassen. Auch sie beteten für die Bewahrung ihrer Kirche, aber es seien auch „konkrete Schritte zu ihrem Schutz nötig“. Bis am 27. August [unterzeichneten über 350 Personen](#) den Brief, darunter mehrere Geistliche. (NÖK)

Ukraine: Gericht lehnt Beschwerde gegen Experteneinschätzung des Statuts der UOK ab

26. September 2024

Ein Kyjiwer Verwaltungsgericht hat am 18. September eine [Klage der Ukrainischen Orthodoxen Kirche \(UOK\) gegen das Urteil einer Expertengruppe des Staatsdienstes für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit über ihr Statut abgewiesen](#). Es kam zum Schluss, die Klägerin habe keine Beweise dafür vorgelegt, dass persönliche Ansichten einzelner Experten das Verfahren und das Resultat der Untersuchung beeinflusst hätten. Das Gericht lehnte es auch ab, die Ergebnisse der Untersuchung für ungültig zu erklären.

Der Staatsdienst für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit hatte auf Anordnung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine im Dezember 2022 eine Expertengruppe zusammengestellt, um das Statut der UOK zu überprüfen. Diese sollte feststellen, ob es darin eine „kirchlich-kanonische Verbindung“ der UOK zum Moskauer Patriarchat gebe. Ende Januar 2023 schloss die Expertengruppe ihre Analyse ab und [kam zum Schluss, dass der Status der UOK als „strukturelle Unterabteilung der Russischen Orthodoxen Kirche \(ROK\) unverändert geblieben“](#) sei. Die Verabschiedung einer neuen Fassung des Statuts durch das [Landeskonzil vom 27. Mai 2022](#), an dem sich die UOK für völlig unabhängig erklärt hatte, habe nicht zum Abbruch der kanonischen Verbindung zur ROK geführt. Die UOK war mit dem Urteil der Expertengruppe nicht einverstanden, zudem hatte sie schon zuvor die Auswahl der Experten kritisiert, von denen sie die Mehrheit für voreingenommen und parteiisch hielt. Der Staatsdienst für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit warf der UOK seinerseits mangelnde Kooperation vor.

Das Gericht bestätigte nun, dass ein Vertreter der UOK an der Untersuchung teilnehmen sollte. Der Leiter der synodalen Rechtsabteilung, Erzpriester Oleksandr Bachov, hatte am 10. Januar 2023 an einer Sitzung der Expertengruppe teilgenommen und dabei vier Mitgliedern Befangenheit vorgeworfen. Kurz darauf bat der Staatsdienst das Oberhaupt der UOK, Metropolit Onufrij (Berezovskij), die kanonische Verbindung der UOK zum Moskauer Patriarchat schriftlich zu bestätigen oder zurückzuweisen. Darauf sei Metropolit Onufrij nicht eingegangen, sondern habe darauf hingewiesen, dass religiöse Untersuchungen durch den Staatsdienst „objektiv, transparent, von professionellen und unparteiischen Spezialisten und ohne die Rechte von anderen, darunter die UOK, zu verletzen“, durchgeführt werden müssten. Zudem habe er beteuert, dass die UOK nicht ihre Teilnahme verweigere und bereit sei, Erklärungen zu liefern.

Die UOK habe vom Gericht gefordert, die Resultate der Expertenuntersuchung aufgrund formaler Kriterien für ungültig zu erklären, habe aber keine Bemerkungen zum Inhalt der Untersuchung geliefert. Zudem habe sie keine Beweise für eine Beeinflussung durch einzelne Experten vorgelegt. Sie habe auch keine Argumente gegen den Inhalt der Untersuchung geliefert. Die UOK hat einen Monat Zeit, gegen das Urteil Berufung einzulegen, danach ist es rechtsgültig. (NÖK)

Russland: Patriarch Kirill bezeichnet Kirche als Garantin postsowjetischer Einheit

26. September 2024

Für Patriarch Kirill ist die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) „die einzige Institution, die heute Russland, die Ukraine, Belarus und andere Länder des sog. postsowjetischen Raumes verbindet.“ Deshalb sähen auch alle Gegner der Bewahrung der Einheit der Heiligen Rus in der Russischen Kirche ihren Hauptfeind. Dies [begräftigte](#) der Patriarch beim Fest der Entschlafung der Hl. Gottesgebärerin am 28. August zum Abschluss der Liturgie in der Uspenskij Kathedrale im Moskauer Kreml.

Die Kirche kennen keine politischen Grenzen im sog. postsowjetischen Raum, weil „wir sind die Kirche der gesamten Rus und für mich sind Kyjiw, Minsk und andere Hauptstädte der [ehemaligen sowjetischen] Republiken wichtige geistige Zentren der einen Hl. Rus.“ Dieses Bewusstsein werde von der Mehrheit der Geistlichen und dem gläubigen Volk geteilt, und zwar nicht nur in der Russischen Föderation, „sondern auch dort, wo man für die Äußerung solcher Ansichten die Freiheit verlieren kann.“ Er denke dabei vor allem an die Geistlichen und gläubigen Brüder und Schwestern „in der Ukraine, von denen viele den Schicksalsschlag dieser Zeit der Wirren (russ. *smuta*) ertragen. Und anders kann ich das nicht bezeichnen, es ist eine Zeit der Wirren, und bei weitem nicht die erste in der Rus.“ Als „Zeit der Wirren“ wird in der Geschichte des Russischen Imperiums der Übergang von der Rurikiden- zur Romanow-Dynastie anfangs des 17. Jahrhunderts bezeichnet.

In solchen Zeiten dürfe die Kirche keine Kompromisse zwischen Gott und dem Teufel suchen, deshalb dankte Kirill „unseren Bischöfen und Geistlichen in allen Ländern, die sich auf dem Territorium des historischen Russlands gebildet haben für die Bewahrung der kanonischen Einheit unter allen Bedingungen.“ Sie stünden auf der hellen Seite der Geschichte und würden letztlich siegen.

Die Gefahr bestehe darin, dass „jede Zeit der Wirren in Russland immer von außen unterstützt wurde. So auch heute – alle diese Probleme im Raum der historischen Rus entstanden nicht ohne Beteiligung politischer Kräfte, die Russland gegenüber feindlich eingestellt sind: „Doch Russland wird alle diese Schläge aushalten, ja sich sogar entwickeln. Ungeachtet der Sanktionen und Einschränkungen entwickelt sich die Wirtschaft, wird das politische System gestärkt. Das ist ein gewaltiges Verdienst unseres Präsidenten Vladimir Vladimirovitsch Putin und seinem Team. Doch dahinter steht auch die mächtige Unterstützung sowohl des Volkes als auch unserer Kirche.“ Sie gebe den Menschen, „Bürgern der einen Hl. Rus“ Hoffnung, „nicht im juristischen, sondern im geistlichen, oder wenn Sie wollen, im philosophischen Sinne.“ Deshalb erkenne die Kirche in vollem Maße die Umgestaltungen, die vollzogen werden an und bete „für unseren Präsidenten, für die Regierung und für die Lösung aller Probleme auf dem Gebiet der historischen Rus.“

Am 28. Juli hat der Patriarch Präsident Putin [den Orden des Hl. Alexander Nevskij verliehen](#) und dabei die Kraft der Völker der historischen Rus als Einheit betont. (*Regula Zwahlen*)

Ukraine: Geistliche der UOK fordern völligen Bruch mit dem Moskauer Patriarchat

10. Oktober 2024

Innerhalb der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) mehren sich die Stimmen, die eine völlige Trennung vom Moskauer Patriarchat oder ein proaktiveres Vorgehen ihrer Leitung fordern. So haben [acht Vorsteher von Kirchen aus der Eparchie Tschernihiv](#) das Oberhaupt der UOK, Metropolit Onufrij (Berezovskij), gebeten, jegliche Verbindungen zur Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) abubrechen. Sie [betrachteten die ROK](#), die den Krieg in der Ukraine gutheiße, nicht als „brüderliche und freundliche Kirche“ und wollten nicht Teil davon sein, sondern wirklich unabhängig vom religiösen Zentrum in Moskau. Zudem baten sie Onufrij, öffentlich und offiziell den Austritt der UOK aus der ROK und den Rückzug aller Bischöfe aus den Strukturen der ROK zu verkünden. Außerdem möchten sie, dass er über Geistliche der UOK, die Russland in den besetzten Gebieten unterstützten, ein strenges Urteil fällt.

Schon kurz zuvor hatte sich ein [Erzpriester aus Tschernihiv mit einem offenen Brief an Metropolit Onufrij](#) gewandt. Erzpriester Pjotr Kaznovetskij ist Vorsteher einer Kirche, die zeitweise von den auf Kyjiw vorrückenden russischen Truppen benutzt worden war. In seinem Brief erläuterte er, weshalb er die Handlungen der Leitung der ROK „antichristlich“ findet. Deshalb rief er Onufrij zu einem „schicksalhaften Schritt“ auf, nämlich aus dem Hl. Synod und Statut der ROK auszutreten.

[Erzpriester Igor Kovrovskij](#) von der UOK, der ein leitendes Mitglied der Sophienbruderschaft ist, die sich für die orthodoxe Einheit in der Ukraine einsetzt, kritisierte Metropolit Onufrij ebenfalls. Dieser sei sowohl für seine Taten als auch für seine Tatenlosigkeit verantwortlich. Sollte die Kirche zerstört werden, werde niemand danach fragen, wieviel er gebetet habe, sondern ob er ein „effektiver Manager“ gewesen sei, der seine Gläubigen vor dem Zerfall ihrer Gemeinschaft habe schützen können. Er glaubt, dass die Untätigkeit des Metropoliten von einem gewichtigen Teil des prorussisch gesinnten Episkopats hervorgerufen sein könnte. Diese Bischöfe könnten damit drohen, sich im Fall eines entschlossenen Vorgehens des Metropoliten direkt dem Moskauer Patriarchat zu unterstellen.

[Erzbischof Iona \(Tscherepanov\), Vikarbischof von Kyjiw](#), kritisierte wiederum Geistliche der UOK, die noch immer Patriarch Kirill commemorieren. Sie würden die kirchliche Disziplin brechen, indem sie sich bewusst im Gegensatz zur synodalen Entscheidung der Kirche von 2022 verhalten. Er findet es unverständlich, jemanden als Vater zu betrachten, der die Mörder seiner Familie ermutigt – der Widerspruch sei offensichtlich. Zugleich wurde [Metropolit Luka \(Kovalenko\) von Zaporizhzhja](#) innerhalb der UOK wegen Äußerungen in einem [Interview mit dem Athos-Mönch Andronik](#) auf dessen YouTube-Kanal kritisiert. Unter anderem vermied er es, den Krieg als solchen zu bezeichnen – etwas, das Metropolit Onufrij von Anfang an getan hat –, sondern nannte ihn entsprechend der russischen Sprachregelung „militärische Spezialoperation“. (NÖK)

Ukraine: Mehrheit der Ukrainer wünscht sich einige orthodoxe Kirche

24. Oktober 2024

Laut einer [Umfrage des Kyjiwer internationalen Instituts für Soziologie](#) ist eine Mehrheit der Ukrainer dafür, dass es in der Ukraine nur eine orthodoxe Kirche gibt. [61 Prozent der Befragten befürworten diese Idee](#), während 16 Prozent dagegen sind und es 20 Prozent gleichgültig ist. Die Zustimmung nimmt zwar Richtung Osten des Landes ab, überwiegt jedoch überall. So unterstützen auch im Osten des Landes 45 Prozent der Befragten eine einheitliche Kirche (im Westen sind es 71 Prozent), während 20 Prozent sie ablehnen und es dem Rest egal ist.

Bei der beliebtesten, von 71 Prozent der Befragten unterstützten Vereinigungsvariante würden sich die Hierarchen und einfachen Geistlichen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) anschließen und in ihr aufgehen. Dabei findet die Mehrheit der Befragten, dass es nur Vertretern der UOK, die sich nicht in Verbindungen mit Russland verstrickt haben, möglich sein sollte, Teil der OKU zu werden. 50 Prozent der Umfrageteilnehmer [wünschen sich Metropolit Epifanij](#) (Dumenko), das Oberhaupt der OKU, als Leiter einer solchen einigen orthodoxen Kirche. 8 Prozent wünschen sich einen anderen Hierarchen aus der Ukraine für diese Position, 6 Prozent möchten Metropolit Onufrij (Berezovskij), das Oberhaupt der UOK, und 2 Prozent hätten gern einen Hierarchen aus dem Ausland. Ein Drittel der Befragten hat sich in der Frage keine Meinung gebildet oder es ist ihnen gleichgültig.

Laut der Umfrage betrachten sich [70 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer als orthodox](#). Die Mehrheit der Befragten – 56 Prozent – bekennt sich dabei zur OKU an, 7 Prozent bezeichnen sich ohne nähere Angaben als orthodox und 6 Prozent als Anhänger der UOK. 12 Prozent der Befragten bezeichnen sich als Atheisten, während sich 7 Prozent zur Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche (UGKK) bekennen. Bei der regionalen Verteilung der Gläubigen kommt die Umfrage zu folgendem Ergebnis: In allen ukrainischen Regionen stellen die Orthodoxen, und unter ihnen die Anhänger der OKU, die Mehrheit. Der Anteil der keiner Kirche zugeordneten Orthodoxen liegt im Osten höher, während der Prozentsatz der Gläubigen der UOK in allen Regionen ähnlich ist. Im Westen leben wesentlich mehr Angehörige der UGKK als im Osten, dafür liegt der Anteil der Protestanten im Osten höher. Atheisten leben vor allem im Zentrum und im Süden.

[80 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer unterstützen laut der Umfrage die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 8371](#), das die [Tätigkeit religiöser Organisationen verbietet](#), deren leitendes Zentrum in Russland ist. Nur 16 Prozent lehnen das Gesetz ab, 4 Prozent sind unentschieden. Das gilt für die gesamte Ukraine, die Unterstützung reicht von 83 Prozent im Westen bis 71 Prozent im Osten.

Eine andere Umfrage im September 2024 ergab, dass eine Mehrheit von [62,5 Prozent der Bevölkerung der Kirche vertrauen](#). Seit der letzten Umfrage im Februar 2024 ist das Vertrauen leicht gestiegen, damals lag es bei 61 Prozent. Das höchste Vertrauen genießen laut der [Umfrage des Razumkov-Zentrums](#) die ukrainischen Streitkräfte mit 91,5 Prozent. Auf hohe Werte kommen außerdem der staatliche Katastrophendienst, Freiwilligenorganisationen, freiwillige Kampfverbände, die Nationalgarde, die Grenzwache, das Verteidigungsministerium und gesellschaftliche Organisationen. Wenig Vertrauen genießt hingegen die Verchovna Rada, 78,5 Prozent der Befragten misstrauen ihr. Groß ist auch das Misstrauen gegenüber dem Staatsapparat und den Beamten, politischen Parteien, der Regierung, den Gerichten und der Justiz insgesamt, den Organen zur Korruptionsbekämpfung und kommerziellen Banken. Auch den Medien traut nur eine Minderheit von 45 Prozent, während ihnen 48 Prozent misstrauen. (NÖK)

Ukraine: Gewaltsamer Konflikt um Kathedrale in Tscherkasy

24. Oktober 2024

In der Nacht vom 16. auf den 17. Oktober hat es um die Kathedrale des Erzengels Michael in Tscherkasy Ausschreitungen gegeben, bei denen es zu Verletzten kam. Während eines nächtlichen Gottesdienstes drangen rund 100 Vermummte in die Kirche ein. Bei der Auseinandersetzung zwischen Anhängern der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) und der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU), die sich auch am folgenden Tag fortsetzte, kam es zu Schlägereien und es wurden Luftdruckpistolen und Tränengas eingesetzt. Der tatsächliche Ablauf der Ereignisse ist schwierig zu eruieren und zu überprüfen. Schließlich übernahmen die Anhänger der OKU das Kirchenareal, später am Tag fand in der Kathedrale ein Bittgottesdienst für die Ukraine statt. Danach wurde verkündet, dass die Kathedrale von nun an eine Garnisonskirche der ukrainischen Streitkräfte sei.

Den Ausschreitungen ging eine [Auseinandersetzung um die Zugehörigkeit der Erzengel-Michael-Kathedrale](#), die bis anhin von der UOK genutzt wurde, voraus. Am 12. Juni 2024 beschloss eine Gemeindeversammlung, die aber ohne angemessene Beteiligung der Gläubigen der betreffenden Kirchgemeinde der UOK stattfand, den Übertritt der Kirchgemeinde zur OKU. Ihre juristischen Dokumente wurden entsprechend geändert und als Bevollmächtigter wurde der Metropolit der OKU von Tscherkasy, Ioann (Jaremenko), eingetragen. Seither beansprucht die neue Gemeinde die Nutzung der Kathedrale für sich.

Befeuert wird der Konflikt von der umstrittenen Person des UOK-Metropolitens von Tscherkasy, Feodosij (Snigirjov). Gegen ihn läuft in der Ukraine eine Strafuntersuchung, da eine ganze Reihe von Verfahren gegen ihn eröffnet wurde. Entgegen den Beschlüssen des Landeskonzils der UOK am 27. Mai 2022 kommemoriert er weiterhin bei jeder Liturgie den russischen Patriarchen Kirill, was bei der lokalen Bevölkerung auf große Ablehnung stößt.

Die [UOK wirft den Anhängern der OKU zusätzlich zum Erstürmen der Kathedrale Diebstahl vor](#), so seien eine große Summe an Spendengeldern sowie Ikonen, Kirchenutensilien und Bücher verschwunden. Zudem beklagt sie, dass die Polizei nicht eingeschritten sei, sondern die Angreifer habe gewähren lassen. Die Anhänger der OKU hätten auch das [Verwaltungs- und das Wohngebäude der Eparchie](#), wo die Familien der Geistlichen lebten, besetzt. Die vier Familien mit kleinen Kindern seien unter Androhung von Gewalt vertrieben worden und seien nun obdachlos, heißt es in der [Mitteilung der Eparchie](#). Metropolit [Feodosij kündigte an](#), dass der „Kampf um die Wahrheit“ vor Gericht weitergeführt werde, obwohl er wenig Hoffnung auf ein gerechtes Urteil habe.

Der Vorsitzende der Synodalabteilung der Russischen Orthodoxen Kirche für die Beziehungen der Kirche mit der Gesellschaft und den Medien, [Vladimir Legojda, erklärte auf Telegram](#), dass „wir erneut Zeugen eines himmelschreienden Terrorakts vonseiten der Schismatiker gegen die Gläubigen der kanonischen Ukrainischen Orthodoxen Kirche geworden sind“. Opfer der „Terroristen“ seien einfache Gläubige gewesen, unter ihnen Frauen, Kinder und ältere Menschen. Die Behörden hätten sich wie immer nicht eingemischt.

[Metropolit Evstratij \(Zorja\) von der OKU](#) stellte die Ereignisse anders dar und bezeichnete sie als „willkürliche Provokation bestimmter Individuen, die versuchten, ein Bild für die russische Propaganda zu schaffen“. Dabei hob er die Verfahren gegen Metropolit Feodosij

hervor und stellte ihn als bekanntermaßen besonders prorussisch dar. Feodosij habe gewusst, dass die OKU-Gemeinde „ihr Recht, die Kirche zu nutzen, ausüben wollte“, und habe „sorgfältig eine Provokation vorbereitet, um die Ukraine zu diskreditieren“. Evstratij betonte, dass der Übergang der Gemeinde und der Kathedrale von der UOK zur OKU ungeachtet der Bemühungen der russischen Propaganda weitergehen würde.

Die [Sofienbruderschaft, eine jurisdiktionsübergreifende Organisation](#) von Geistlichen und Gläubigen der UOK und der OKU, erklärte in einem Statement auf Telegram, dass solche Ereignisse in einem Gotteshaus unzulässig seien. Die Bruderschaft verurteilte entschieden „solche Methoden“ und betrachtet jegliche Handlungen, „die mit der gewaltsamen Besetzung und Konflikten in einer Kirche verbunden sind“, als unzulässig. Solche Vorfälle würden außerdem geschickt von russischen und westlichen Medien genutzt. Zugleich verurteilte sie die Aktivitäten von Metropolit Feodosij, die „auf die Destabilisierung der Ukraine und die offene Verbreitung der Lehre der ‚Russischen Welt‘ zielen“. Weiter rief die Sofienbruderschaft die Gläubigen der UOK auf, nicht an Gottesdiensten teilzunehmen, an denen für Patriarch Kirill gebetet werde, und sich nicht von „antiukrainischen Hierarchen“ wie Feodosij manipulieren zu lassen.

Die orthodoxe Bloggerin [Natallia Vasilevich kritisierte die emotionalen Statements](#) aller Seiten, die es noch schwieriger machten, die eigentlichen Vorgänge nachzuvollziehen. Es sei fast unmöglich gewesen, [Fakten für einen objektiven Bericht zusammenzutragen](#). In den ukrainischen Medien hätten Hysterie und Emotionen dominiert, nirgends seien die Fakten übersichtlich dargestellt gewesen. Dafür seien in den sozialen Medien umso mehr Videos und Kommentare gepostet worden. (NÖK)

Russland: Ukraine-Beauftragter des Papstes besucht Moskau

24. Oktober 2024

Kardinal Matteo Zuppi, der Sondergesandte des Papstes für die Ukraine, hat auf seiner Russlandreise vom 14. bis 16. Oktober eine Reihe staatlicher und kirchlicher Vertreter getroffen. Bei dem Besuch in Moskau ging es laut [Pressemitteilung des Vatikans](#) darum, die „ihm von Papst Franziskus anvertraute Mission fortzusetzen“. Dabei seien die bisherigen Maßnahmen zur Familienzusammenführung von Minderjährigen und zum Austausch von Gefangenen, Verwundeten und sterblichen Überresten von Gefallenen bewertet worden. Zudem habe der Besuch „auch die Prüfung einer Reihe von Perspektiven für die Fortsetzung der humanitären Zusammenarbeit und die Eröffnung von Wegen zu dem so sehr erhofften Frieden ermöglicht“.

Am 14. Oktober traf Kardinal Zuppi den russischen Außenminister Sergej Lavrov. Bei dem Treffen seien die humanitäre Zusammenarbeit in Bezug auf die Ukraine besprochen und eine Reihe aktuelle bilaterale und internationale Fragen berührt worden, hieß es aus dem [russischen Außenministerium](#). Der russisch-vatikanische Dialog entwickle sich „konstruktiv“. Dazu wurde ein Foto publiziert, auf dem Zuppi und Lavrov händeschüttelnd in die Kamera lächeln. Kardinal Zuppi traf außerdem den außenpolitischen Berater des russischen Präsidenten, Jurij Uschakov, und die russische Kinderrechts-Beauftragte Maria Lvova-Belova, die er schon bei seinem ersten Besuch in Moskau 2023 getroffen hatte. Beim Gespräch mit Lvova-Belova ging es um die Rückführung ukrainischer Kinder, die nach Russland verschleppt wurden. [Auf ihrem Telegram-Kanal](#) bezeichnete Lvova-Belova, gegen die der Internationale Strafgerichtshof einen internationalen Haftbefehl wegen der mutmaßlichen Verschleppung ukrainischer Kinder erlassen hat, das Gespräch als „warm und konstruktiv“. Die Zusammenarbeit mit Zuppi dauere bereits über ein Jahr, beim Treffen sei deren Fortsetzung vereinbart worden. Beim Gespräch sei es um „die weitere

Zusammenarbeit im Interesse von Familien und Kindern“ gegangen, darunter um die „Zusammenführung von Familien aus Russland und der Ukraine“.

Am 15. Oktober [besuchte Kardinal Zuppi zudem den Leiter des Außenamts der Russischen Orthodoxen Kirche](#) (ROK), Metropolit Antonij (Sevrjuk), der die vatikanische Delegation auch im Namen des russischen Patriarchen Kirill begrüßte. Es seien humanitäre Probleme im Kontext des Ukraine-Kriegs sowie andere Fragen von beiderseitigem Interesse besprochen worden, hieß es auf der Website des Außenamts.

Kurz vor Kardinal Zuppis Moskau-Reise besuchte der ukrainische Präsident Volodymyr Zelenskyj den Vatikan. Dort traf er am 11. Oktober mit Papst Franziskus zusammen. In [einem halbstündigen Gespräch](#) wurde besprochen, wie sich die Kirche an der Befreiung von Gefangenen und anderen humanitären Initiativen für Kriegsoffer beteiligen könnte. Im Vatikan traf Zelenskyj zudem den vatikanischen Staatssekretär Kardinal Pietro Parolin und den vatikanischen Außenbeauftragten Erzbischof Paul Gallagher. [Mit Parolin diskutierte Zelenskyj die Umsetzung der „Formel für den Frieden“](#) – seines Friedensplans –, insbesondere die Rückführung deportierter Kinder und die Befreiung von zivilen und Kriegsgefangenen. Sie besprachen auch die Resultate von Parolins Besuch in der Ukraine. Zelenskyj hofft, dass dieser zu den internationalen Bemühungen zur Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine beitragen werde. (NÖK)

Ukraine: Bischöfe der UOK protestieren gegen Einmischung des Moskauer Patriarchats

07. November 2024

In einem offenen Brief haben 31 [Bischöfe der Ukrainischen Orthodoxen Kirche](#) (UOK) das Vorgehen der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) in den besetzten Gebieten der Ukraine kritisiert. Konkret ging es um den jüngsten [Beschluss des Hl. Synods der ROK vom 24. Oktober 2024](#), als dieser Metropolit Ilarion (Schukalo) von Donezk und Mariupol von der UOK in den Ruhestand versetzte. Zu seinem Nachfolger ernannte der Hl. Synod Metropolit Vladimir (Samochin) von Vladivostok und Primorje.

In ihrer [Erklärung vom 31. Oktober verwiesen die Bischöfe der UOK auf ähnliche Fälle](#) in der Vergangenheit, bei denen die ROK eigenmächtig und ohne Absprache mit der UOK entschieden habe. Die UOK sei jedoch laut dem Tomos von 1990 und den Beschlüssen ihres Landeskonzils vom 27. Mai 2022 unabhängig, daher sei das Vorgehen der ROK unkanonisch. Außerdem ziele die Entscheidung auf die „Untergrabung der Selbstständigkeit der Ukraine und gar die Existenz der UOK unter den schwierigen Bedingungen des Kriegs“. Die Entlassung von Metropolit Ilarion, der Ukrainer sei, seit vielen Jahren in Donezk diene und die Eparchie aufgebaut habe, und die Berufung eines russischen Metropoliten auf seinen Posten zeuge vom „Bestreben Moskaus, das kanonische Territorium der UOK zu annektieren, mit dem Ziel ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu zerstören“. Abschließend riefen die Bischöfe dazu auf, die Entscheidung sofort zu revidieren, von „aggressiver Kirchenpolitik“ gegenüber der UOK abzusehen und die Grenzen ihres kanonischen Territoriums sowie die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine zu respektieren.

Laut Informanten von [BBC Ukraine sei die Erklärung sicher nicht von Metropolit Onufrij](#) (Berezovskij), dem Oberhaupt der UOK, ausgegangen, sondern viel eher hinter seinem Rücken und ohne seine Unterstützung zustande gekommen. Viele vermuten Metropolit Agafangel (Savvin) von Odessa als Initianten. Dieser sei seit langem mit Metropolit Ilarion befreundet und viele der Unterzeichner stünden ihm nahe. Agafangel ist ständiges Mitglied des Hl. Synods der UOK und verfügt über großen Einfluss in der Kirche. Früher

galt er als prorussisch, in letzter Zeit hat er sich kritisch gegen Russland geäußert. Metropolit Ilarion war von 2011 an ebenfalls ständiges Mitglied des Hl. Synods der UOK, 2023 schied er aus.

Für viele Geistliche und Laien der UOK, die sich eine klare Trennung von der ROK wünschen, sei diese [Erklärung „ermutigend“](#), sagte Viktor Yelenskyj, Leiter des ukrainischen Staatsdienstes für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit. Denn es habe viele Diskussionen und Kritik an den Bischöfen und der Leitung der UOK gegeben, als diese zur [Aneignung ukrainischer Eparchien durch die ROK](#) geschwiegen hätten.

Aus der ROK äußerte sich [Vladimir Legojda, der Leiter der Synodalabteilung für die Zusammenarbeit der Kirche mit der Gesellschaft und den Medien](#). Die Entscheidungen über die Verwaltung der Eparchien in den „Gebieten des Donbass und Neurusslands“ würden „unter den besonderen Umständen der Kriegshandlungen“ von der Leitung der ROK getroffen, „wenn der Lauf des kirchlichen Lebens solche Entscheidungen erfordert“, erklärte er auf *Telegram*. Er lobte Metropolit Ilarion für seine Verdienste, machte aber zugleich klar, dass der Beschluss über seine Versetzung in den Ruhestand nicht revidiert werde. Der Grund sei, dass die „aktuelle Lage in der Region, wo Kämpfe stattfinden und täglich Menschen sterben, die Notwendigkeit von Veränderungen diktiert“. (NÖK)

Russland: Patriarch kritisiert Kriegsmüdigkeit

07. November 2024

Der russische Patriarch Kirill hat beklagt, dass nach drei Jahren „aktiver Kriegshandlungen“ unter den Mitbürgern eine [„gewisse Müdigkeit“ gegenüber Berichten von den Fronten](#) sichtbar sei. Einige Menschen in Russland zögen es vor, gar nichts von dem, was geschehe, zu bemerken, weder den Schmerz noch das Leiden ihrer „Brüder, die sich an der Front befinden oder in Regionen leben, die beschossen werden“. Viele „sind nicht bereit, auf ihren persönlichen Komfort und den gewohnten Lebensstandard zu verzichten“, bemängelte der Patriarch. Dazu zählten natürlich nicht die Freiwilligen, die Hilfsgüter sammelten und Soldaten und Zivilisten unterstützten, – die „Ideale der Solidarität, Barmherzigkeit und gegenseitigen Hilfe“ seien im Volk lebendig. Doch die „vielen Vergnügungsveranstaltungen, fröhliche TV-Sendungen und leichtsinnige Sorglosigkeit“ stünden in starkem Kontrast zu den Geschehnissen im Kriegsgebiet, wo insbesondere junge Menschen stürben. Dieses „Problem“ offenbare „bestimmte geistige Wunden“, von denen der Patriarch befürchtet, dass sie „unsere zivilisatorische Identität“ bedrohen.

Seine Ausführungen machte Patriarch Kirill an einer Sitzung des Präsidiums des *Weltkonzils des Russischen Volks* am 31. Oktober. Dabei lobte er auch die letzte Versammlung des Weltkonzils, an der ein Dokument verabschiedet wurde, das Russlands [Angriffskrieg gegen die Ukraine als „Heiligen Krieg“ bezeichnet](#). Damals sei mutig die „Wahrheit“ gesagt worden, dafür habe es zwar keine besondere Unterstützung gegeben, aber auch keine niederschmetternde Kritik. An der Sitzung betonte Kirill auch wieder einmal die Einheit der ostslawischen Völker. Zudem verwies er auf „positive Veränderungen“ in den Gesellschaften des Westens, wo die Menschen schrittweise erkennen würden, dass die tatsächliche Situation überhaupt nicht so sei, wie sei von „westlichen, auf Russophobie ausgerichteten Medien dargestellt wird“.

In seinem kürzlich erschienen [Buch unter dem Titel „Für die Heilige Rus: Patriotismus und Glaube“](#) bezweifelte Kirill zudem, dass die Menschheit ohne Krieg leben könne. Russland aber sei ein „friedliebendes Land“ und sein Volk strebe nicht danach, Konflikte mit anderen Ländern zu beginnen. Patriotismus ist für den Patriarchen nicht nur die Liebe zur Heimat und ihrem Volk, sondern auch die „Treue zu den Ideen des Christentums“.

Zudem ruft er dazu auf, für die russische Regierung, das Volk, Präsident Vladimir Putin und die Soldaten Russlands zu beten. Dabei müsse die Kirche gemeinsam mit den militärischen und politischen Kräften des Landes „mobilisiert“ sein. Den Teilnehmern am Krieg gegen die Ukraine versprach er – nicht zum ersten Mal – [das ewige Leben](#). Sie würden eine „große Tat“ vollbringen und ihr physisches Leben geben, „aber denk daran: du kommst nicht um, du stirbst nicht, du wirst leben“, heißt es in dem Buch. (NÖK)

Ukraine: Kirchen zu 1000 Tagen Angriffskrieg

21. November 2024

Zum 1000. Tag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine am 19. November haben die Oberhäupter mehrerer ukrainischer Kirchen die Unbeugsamkeit ihres Landes beschworen. [Großerzbischof Svjatoslav \(Schevtschuk\)](#), das Oberhaupt der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche (UGKK), erklärte, dass Gott trotz allem mit der Ukraine sei. Der Krieg sei auch eine „Zeit der großen Hoffnung für das ukrainische Volk“, sagte er. Die Ukrainer erlebten, dass Christus „im Körper des leidenden ukrainischen Volks anwesend“ sei. Und sie hätten Hoffnung, weil sie an die Auferstehung glaubten. Schon früher in der Geschichte der Ukraine habe es geschienen, dass ihre Wurzeln und Kultur zerstört würden, aber sie habe dank Gottes Hilfe überlebt. Auch jetzt vertrauten die Menschen auf Gottes Macht, „die sich sogar in unseren Wunden, Tränen und Trauer manifestiert“. Heute sei die Ukraine „verwundet, aber nicht besiegt“, sie sei „müde, aber sie steht und wird weiter stehen“, betonte der Großerzbischof.

[Metropolit Epifanij \(Dumenko\)](#), das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU), erklärte, dass die Ukrainer weder gebrochen noch getäuscht noch erobert noch zum Aufgeben überredet werden würden. Der Krieg habe die „Unvermeidbarkeit der Niederlage des Aggressors bewiesen“. Epifanij rief zum Kampf und zur Verteidigung auf und dazu, das Böse „an allen möglichen Fronten dieses hybriden Kriegs“ zu unterdrücken und von der Ausbreitung abzuhalten. Russland versuche überall – in der Bildung, Wissenschaft, Kultur, Geschichte und auf der internationalen Bühne – alles Ukrainische zu zerstören. Seine Waffen seien Hass, Lügen und List, der Rüstung und Waffen der Ukraine seien „Einheit, Wahrheit, Glaube und die Liebe zum Vaterland und Volk“. Abschließend rief die Ukrainer zu spiritueller Stärke und Unbeugsamkeit im „Kampf gegen den modernen Antichristen“ auf.

Die [baptistische Gemeinschaft](#) der Ukraine erklärte in einer Mitteilung, der 1000. Tag des Kriegs sei nicht leichter als der Erste. Sie rief dazu auf, Gott um die Rettung zu bitten und den ganzen Tag zu beten. Der [römisch-katholische Bischof Vitalij Kryvytskyj](#) erklärte, die Ukraine hätte ohne Gottes Hilfe nicht so lang überleben können. Allerdings müssten auch die Gläubigen ihren Teil tun, nicht nur im Gebet, sondern auch in ihrem Verhalten. Er rief dazu auf, um Erneuerung und Stärkung zu beten sowie um Schutz und Hilfe für die Kriegsbedrohten. Zudem sollte für Umkehr und Reue im russischen Volk gebetet werden.

Papst Franziskus versicherte in einem Brief an den Apostolischen Nuntius in der Ukraine, Visvaldas Kulbokas, den Ukrainern seine Solidarität. Die katholische Gemeinschaft Sant' Egidio, die sich für Frieden und in der humanitären Hilfe engagiert, betonte, dass die Ukraine Frieden brauche. Breite Unterstützung sei nötig, und sie dürfe nicht nachlassen, sondern müsse verstärkt werden. Der ukrainische Jesuit Mykhailo Stanchyshyn forderte ein Umdenken Europas und auch des Vatikans in Bezug auf Russland und mögliche Wege zum Frieden. Europa habe den russischen Präsidenten zu lange als Demokraten betrachtet und ihn in seinem Handeln bestärkt. Den Papst kritisierte er direkt, sein Aufruf zur Versöhnung sei zu früh. Zentrale Vorbedingungen wie echte Reue und

Wiedergutmachung fehlten und seien angesichts der frischen Wunden in der Ukraine zwingend nötig. (mit Material von [Kathpress](#)) (NÖK)

Russland: Treffen von Militärggeistlichen und Auszeichnungen für Geistliche

21. November 2024

In der Nähe von Moskau hat eine zweitägige Versammlung von Militärggeistlichen, die Abteilungen der Rosgwardija betreuen, stattgefunden. Es war die größte Veranstaltung dieser Art, seit die Rosgwardija – die russische Nationalgarde – und die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) im März 2024 eine Vereinbarung über ihre Zusammenarbeit unterzeichnet haben. Über [30 Geistliche aus verschiedenen russischen Regionen](#) nahmen an dem Treffen teil, das vom „Hauptgeistlichen in der Zone der Militärischen Spezialoperation“, Erzpriester Dimitrij Vasilenkov, geleitet und das bei der nach Felix Dserschinski, dem Gründer der sowjetischen Geheimpolizei Tscheka, benannten Division der Rosgwardija durchgeführt wurde.

Zur Eröffnung bedankte sich der Leiter der militärisch-politischen Hauptverwaltung der Rosgwardija bei den Geistlichen für ihren Beitrag zur spirituell-moralischen Erziehung der Soldaten. Seit Anfang 2023 hätten orthodoxe Geistliche in den Kriegsgebieten mehr als 200 Bittgottesdienste abgehalten, Menschen getauft und Hunderten Soldaten die Kommunion verabreicht, zudem hätten sie 3,5 Tonnen humanitäre Güter geliefert. Weiter fand ein Gespräch mit Erzpriester Vasilenkov und seinem Assistenten statt, es gab einen Vortrag des Religionswissenschaftlers und Historikers Roman Silantjev über das „Neuheidentum und die Wurzeln des ukrainischen Nationalismus“, und der frühere Kommandant der Spezialpolizei Berkut in Charkiv sprach über seine Erinnerungen an die „Ereignisse des Staatsumsturzes in der Ukraine“ 2014.

Die Geistlichen hatten außerdem Gelegenheit sich untereinander auszutauschen und aktuelle Fragen ihrer Arbeit mit Soldaten zu besprechen. Für Geistliche, die sich auf ihre erste Dienstreise in die Kriegsgebiete vorbereiten, sei dies eine gute Gelegenheit gewesen, Antworten auf drängende Fragen zu erhalten. Militärggeistliche, die schon mehrere Einsätze hinter sich haben, lobten die Kampfmoral, Disziplin und moralische Bereitschaft der Soldaten. Zusätzlich wurden praktische Kurse und Demonstrationen angeboten. Die Geistlichen seien mit dem Treffen sehr zufrieden gewesen, berichtet die Synodalabteilung der ROK für die Zusammenarbeit mit dem Militär und den Ordnungskräften.

In Pskov wurde Erzpriester Oleg Teor, der der dortigen Kirche des HI. Alexander Nevski vorsteht, vom Leiter der Regionaladministration mit der [Medaille „Für Verdienste gegenüber der Region Pskov“ ausgezeichnet](#). Sein Verdienst besteht in der spirituellen Betreuung der Pskover Fallschirmjäger der 76. Division und in der Hilfe für ihren Divisionskommandeur. Laut Journalisten befand sich die 76. Division zu Beginn des Angriffskriegs in Butscha. Anfang November erhielten zudem [elf Geistliche der Eparchie Brjansk Medaillen des russischen Verteidigungsministeriums](#) für „Teilnehmer der militärischen Spezialoperation“, weil sie russische Soldaten in der Ukraine und im Grenzgebiet unterstützt hatten.

Laut der Website des Projekts „Christen gegen Krieg“ haben bisher [über 200 Geistliche der ROK an der Front](#) Dienst geleistet. Die Liste wird von Christen gegen Krieg gemeinsam mit der belarusischen überkonfessionellen Gruppe „Christliche Vision“ und dem Projekt „Weihnachtsdeklaration“ gepflegt und laufend ergänzt.

Gleichzeitig haben [ukrainische Militärkapläne ein Trainingsprogramm an einer US-amerikanischen Basis in Deutschland absolviert](#). Im Kurs wurden sie mit Abläufen zur Durchführung ihres Amtes im Feld, dem Planen religiöser Unterstützung, den Grundlagen von Krisenberatung und der Arbeit mit Traumata vertraut gemacht. In Transkarpatien fand außerdem vom 13. bis 15. November die XVIII [allukrainische Konferenz der Militärkapläne der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche](#) (UGKK) statt. Auch dort ging es um die berufliche Weiterentwicklung der Militärkapläne der UGKK für ihre seelsorgerische Arbeit mit Militärangehörigen. Über 100 Militärkapläne aus der ganzen Ukraine versammelten sich, um aktuelle Herausforderungen und Perspektiven ihrer Arbeit zu besprechen. Zudem gab es Präsentationen von Offizieren der ukrainischen Armee. (NÖK)

Polen: Christen wenden sich in Brief an russische Orthodoxe

21. November 2024

Christen aus Deutschland, Polen und der Ukraine haben einen Friedensappell an die Gläubigen der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) gerichtet. Mit ihrem [Brief wollen sie „die grausame Spirale von Hass und Vernichtung stoppen“](#). Er sei eine „ausgestreckte Hand, von der wir hoffen, dass sie irgendwann angenommen wird“. Verfasst wurde der Brief von Pfarrer Manfred Deselaers vom Zentrum für Dialog und Gebet in Oświęcim/Auschwitz, Gerold König von Pax Christi Deutschland, Robert Żurek von der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, Stefan Batruch von der Fundacja Kultury Duchowej Pogranicza, Erzpriester Andrey Kordochkin von Mir Vsem und Weihbischof Edward Kawa von Lviv.

In ihrem Brief bezeichnen die Verfasser Russlands Krieg gegen die Ukraine als Völkermord. Zudem kritisieren sie die religiöse Rechtfertigung des Kriegs. Mit „jeder Bombe, die Russland im Namen Christi auf die Ukraine abwirft, tötet es das eigene Christentum“, warnen sie. Den Krieg als heiligen Krieg zu bezeichnen sei „ein schrecklicher Götzendienst, ein Verrat an Christus selbst“. Warum „baut Russland seine Kultur nicht auf christlichen Zeugnissen der Liebe und Barmherzigkeit, der unbedingten Achtung der Würde jedes Menschen?“, fragen sie weiter. Auch die Argumentation um die Verteidigung „traditioneller Werte“ kritisieren sie und verweisen auf eine ebenso wenig verbreitete „traditionelle“ Lebensweise in Russland.

Die Verfasser befürchten, dass der Krieg zu „Hass auf alles Russische und alle Russen“ führen könnte. Aber nie seien alle Menschen „gleich schuldig“ und auch Hass „zerstört das Christentum“. Deshalb beteten sie „um Bekehrung, nicht um den Tod unserer Feinde. Wir wollen nicht die Zerstörung Russlands und der Russischen Orthodoxen Kirche, sondern ihre Heilung. Wir beten für ein Russland, in dem ein lebendiges Christentum dazu beiträgt, die Würde aller Menschen zu respektieren und eine Zivilisation der Freiheit und Liebe zu schaffen“. Dafür brauche es aber „Wahrheit“, man könne nicht so tun, als sei nichts Schlimmes geschehen. Die Täter müssten dazu ihren Teil beitragen. Als „gemeinsame Verantwortung“ sehen sie den Aufbau einer „Zivilisation der Liebe in Russland, in der Ukraine und im Westen“.

Zum Ende des Briefs beteuern die Autoren, dass sie wüssten, dass es in der ROK viele Christen gebe, die keine „Politisierung ihrer Kirche“ wollten, sondern „christlichen Glauben, Hoffnung und Liebe“. Es „gibt Christen in Russland und in den russisch besetzten Gebieten der Ukraine, Russen und Ukrainer, die diesen Krieg ablehnen und die oft für ihre Überzeugung teuer bezahlt haben, ins Gefängnis oder in die Emigration gehen

mussten. Wir möchten sie unserer Nähe versichern und sie ermutigen, keine Angst zu haben, Gott zu vertrauen und Wege des Friedens zu suchen“, heißt es im Brief weiter.

Der Brief ist auf einer eigens dafür eingerichteten [Website in Deutsch, Englisch, Polnisch, Russisch und Ukrainisch](#) veröffentlicht. Bis zum 14. November haben rund 25 Personen den Brief zusätzlich zu den Verfassern [unterzeichnet](#), darunter auch Christinnen und Christen aus Russland. (NÖK)

Polen: Konferenz Europäischer Kirchen organisiert Konsultation zu gerechtem Frieden

19. Dezember 2024

Das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU), Metropolit Epifanij (Dumenko), hat einmal mehr betont, er sei zu einem Dialog mit der konkurrierenden Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) bereit. Für das Fehlen eines solchen Dialogs machte er die Gegenseite, insbesondere Metropolit Onufrij (Berezovskij), das Oberhaupt der UOK, verantwortlich. Dies war eine der Kernbotschaften seines Vortrags an der von der Konferenz der Europäischen Kirchen (KEK) und dem Polnischen Ökumenischen Rat organisierten Konsultation zu gerechtem Frieden in Warschau vom 9. bis 11. Dezember. Eingeladen waren zahlreiche Vertreter von Kirchen, unter anderem aus der Ukraine.

Das frühere Oberhaupt der UOK, Metropolit Volodymyr (Sabodan), habe bis zu seinem Tod 2014 den Dialog ermöglicht, [erklärte Metropolit Epifanij](#). Metropolit Onufrij hingegen habe sofort alle Versuche, den Dialog fortzusetzen, blockiert. In den letzten zehn Jahren habe er nie konstruktiv auf einen der zahlreichen Kontaktversuche reagiert. Auf der Ebene der Laien und der Geistlichen gehe der Dialog jedoch weiter. Das Resultat sind laut Epifanij anhaltende Übertritte von Gemeinden von der UOK zur OKU. Der Metropolit wiederholte zudem seinen Aufruf vom 15. August 2024 an Onufrij und alle Mitglieder der UOK zu einem „konstruktiven Dialog ohne Vorbedingungen“. Er wünsche sich einen solchen Dialog aufrichtig und wies die Schuld für die Blockade von sich und der OKU. Die teils gewalttätigen Auseinandersetzungen um Kirchengebäude und Gemeindeübertritte stellte er als Einzelfälle dar. Hervorgehoben würden sie von der Blockierung jeglicher Gespräche seitens Onufrijs und seiner Hierarchen sowie von ihrer Anstachelung von Konflikten in Gemeinden. Schließlich forderte er eine gleichwertige Vertretung der Kirchen im Dialog. Es könne nicht sein, dass eine Seite Leitungsmitglieder zum Dialog entsende, während die andere Seite Laien oder einfache Geistliche ohne Vollmachten schicke.

Von Kommentator:innen war Kritik an der [Verharmlosung der gewalttätigen Übernahmen](#) von Kirchen und Gemeinden zu hören. Ebenso wurde bemängelt, dass sich Epifanij einseitig [als Mann des Dialogs inszeniere](#) und den Übertritt von Gemeinden zu seiner Kirche als den [logischen Weg in eine gemeinsame Zukunft](#) darstelle. Auf Nachfragen erklärte Metropolit Epifanij, alles Schlechte aus der Vergangenheit sollte vergessen und eine „neue Seite“ aufgeschlagen werden.

In seinem Vortrag schilderte Anatolij Rajtschynets, der Vertreter des [Allukrainischen Rats der Kirchen und religiösen Organisationen](#), die schwierige Lage angesichts des seit über 1000 Tagen andauernden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Aufgrund der dramatischen Entwicklungen bat er darum, der Ukraine mit „Waffen und allem Nötigen“ zu helfen, damit die ukrainischen Streitkräfte die Bevölkerung schützen könnten, auch wenn diese Bitte für einen Priester ungewöhnlich sei.

Der [griechisch-katholische Priester Roman Fihás](#), geschäftsführender Direktor des Instituts für Ökumenische Studien an der Ukrainischen Katholischen Universität,

kritisierte in seiner Rede, dass den Ukrainern oft ein „billiger Frieden“ nahegelegt werde, der ungerecht und inakzeptabel sei. Dieser Pseudo-Frieden sei auf einer Verdrehung der Wahrheit und auf einem „Dialog“, der einen terroristischen Staat auf Kosten seines Opfers besänftigen solle, aufgebaut. [Serhii Shumylo, der das Institut für Religionsfreiheit in der Ukraine](#) vertrat, argumentierte ähnlich. Alle wünschten sich Frieden, nicht nur die Menschen in der Ukraine und im Westen, sondern auch in Russland. Allerdings sei Russlands Ruf nach Frieden der Ruf nach einer „sklavenhaften Unterwerfung unter die Gewalt“. Die westliche Vorstellung, die auch von einigen Religionsführern vertreten werde, dass die Ukraine um des Friedens willen aufgeben sollte, kritisierte er als ungerecht. Ob der Aufruf an das Opfer, sich der Gewalt zu ergeben, nicht eine moralische Komplizenschaft an der Gewalt bedeute, fragte er weiter. Mit Blick auf die HI. Schrift erklärte Shumylo, dass ein wahrer Frieden nur auf Wahrheit und Gerechtigkeit aufgebaut sein könne.

[Erzpriester Andriy Dudchenko von der OKU](#) legte in seinem Vortrag die Instrumentalisierung der Religion durch Russland und die seit der Unabhängigkeit der Ukraine andauernden prorussischen Aktivitäten von Teilen der UOK dar. Abschließend hob er aber auch hervor, dass nur ein kleiner, aber sichtbarer Prozentsatz offen prorussischer Geistlicher und ihrer Gemeindeglieder das anhaltend negative Bild der UOK in der ukrainischen Gesellschaft prägten. Ein bedeutender Teil der Geistlichen und Gläubigen der UOK seien Ukrainer, die frei in ihrem eigenen Land leben möchten. Sie hätten sich lediglich noch nicht entschlossen, entschieden alle Verbindungen zur russischen Kirche abzubauen. [Sergii Bortnyk, Direktor der gemeinnützigen Stiftung „Akademische Initiative“](#) in Kyjiw, sah die ersten Fälle von Missbrauch der Religion in der Führung der Russischen Orthodoxen Kirche. Seit Dezember 2022 stellt er aber auch in der Ukraine eine Instrumentalisierung der Religion fest, die sich im Druck auf die UOK äußert. Angesichts weniger militärischer Erfolge werde ein Kampf gegen einen stilisierten „inneren Feind“ – die UOK – geführt. Insbesondere beklagte er dabei die gewaltsamen Übernahmen von Kirchengebäuden, die auch nach der Annahme des Gesetzes, das die UOK praktisch verbietet, andauerten. Insgesamt gelte in der Ukraine noch immer das „Prinzip der politischen Zweckmäßigkeit“ und nicht das Prinzip der Rechtstaatlichkeit. (NÖK)

Russland: Patriarch fordert neue politische Ausrichtung der ukrainischen Führung

16. Januar 2025

Der russische Patriarch Kirill hat zu Weihnachten wieder einmal die ukrainische Führung und den moralischen Zerfall des Westens kritisiert. Zudem beschwor er die Einheit des russischen und ukrainischen Volkes und gab die Schuld an Russlands Krieg gegen die Ukraine ausländischen Akteuren. So sagte er in einem [Weihnachtsinterview](#) mit dem Generaldirektor der russischen Nachrichtenagentur TASS, das auf dem Fernsehsender *Rossija-1* ausgestrahlt wurde, dass es trotz der engen Beziehungen zwischen Russen und Ukrainern so „leicht gelungen“ sei, „Hass zu schüren und die Sache zu einem bewaffneten Konflikt zu führen“, sei ein Beweis dafür, dass sehr große Anstrengungen zur „Benebelung des ukrainischen Volks“ unternommen worden seien. Er glaube aber, dass dieser Zustand eine kurzlebige Erscheinung sei, „wie eine Narkose“. Nach dem Erwachen aus einer Narkose kehre der Mensch in die Realität zurück und hinterfrage dabei auch die Erscheinungen, die er während der Narkose erlebt habe.

Patriarch Kirill hofft, dass das gleiche mit dem ukrainischen Volk geschehen werde, dass die „Verblendung“ vergehe und die Menschen begriffen, dass eine „Spezialoperation äußerer Kräfte“ auf sie gewirkt habe, die auf den „Bruch des einigen Volks zielt“. Zur

„Erleuchtung“ der ukrainischen Bevölkerung und der Beendigung des „brudermörderischen Zwists“ sollten die gemeinsame Geschichte, Kultur und Religion beitragen. Damit das möglichst schnell geschehe, sei es aber wichtig, dass sich die „politische Orientierung der ukrainischen Behörden ändert“, führte der Patriarch weiter aus. Denn von dort, nicht „von unten“, kämen „alle Signale zum Kampf gegen Russland“ und dazu, aus Russland ein Feindbild zu erschaffen. Zudem glaubt er, dass es bereits heute viele Menschen in der Ukraine gibt, die ein Ende des Kriegs und Frieden mit Russland wollten, dies aber aufgrund drohender staatlicher Repressionen nicht äußern würden.

In der Nacht vom 6. auf den 7. Januar, dem Weihnachtsfest entsprechend dem Julianischen Kalender, leitete der Patriarch eine Reihe Gottesdienste in der Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau. Dort segnete er im Rahmen der Göttlichen Liturgie auf Bitten des russischen Präsidenten Vladimir Putin [Brustkreuze und Ikonen](#), die dieser russischen Kommandanten schenken wollte, die „besonders wichtige Aufgaben im Gebiet der militärischen Spezialoperation zur Verteidigung des Vaterlands erfüllen“. Kirill betonte nach der Segnung, dass auf den Ikonen der Hl. Großfürst Vladimir abgebildet sei, der „Gründer unseres Staats“, der „mit dem Schwert in der Hand unser Vaterland verteidigt hat“ und noch immer ein Symbol für das „Sammeln des russischen Landes“ sei. Zugleich sei er der Schutzpatron des Präsidenten, deshalb werde das Geschenk für die Soldaten „besonders verständlich und angenehm sein“.

In seiner [Weihnachtsbotschaft dankte Patriarch Kirill](#) „besonders“ denjenigen, die in der Ukraine ihren seelsorgerischen Dienst tun und trotz des „Risikos für ihr Leben und die Gesundheit weiterhin die Treue zur kanonischen Orthodoxie bewahren“. Ungeachtet aller Ereignisse und Entwicklungen „sind wir spirituell einig“. Damit missachtete er erneut, dass die Ukrainische Orthodoxe Kirche im Mai 2022 ihre Unabhängigkeit von der Russischen Orthodoxen Kirche erklärt hatte.

In seiner [Predigt nach der Göttlichen Liturgie](#) kritisierte Kirill zudem wieder einmal den Westen. Russland habe durch Gottes Gnade einen anderen Weg der zivilisatorischen Entwicklung gewählt, dafür werde es gehasst. Dem Westen schrieb er eine völlige Zerrüttung alles Moralischen zu. Dort seien „Alternativen“ wie gleichgeschlechtliche Partnerschaften zulässig, was bedeute, dass die Sünde gerechtfertigt werde. Die Sünde werde in der „westlichen Philosophie“ fälschlicherweise als alternatives menschliches Verhalten betrachtet und sogar das Verständnis der Sünde an sich sei praktisch verschwunden, führte der Patriarch weiter aus. In Russland hingegen habe sich während seiner schweren Geschichte ein „sehr starker Charakter“ seiner Menschen herausgebildet. Dort finde „heute die Wiedergeburt des Glaubens“ statt, während überall sonst Kirchen geschlossen und umfunktioniert würden. Doch alle physische und andere Gewalt gegen Russland sei vergeblich, denn Gott sei mit Russland, betonte Patriarch Kirill. (NÖK)

Ukraine: Kathedrale in Zaporizhzhja durch russischen Angriff beschädigt

30. Januar 2025

Die Kathedrale des Hl. Andreas in Zaporizhzhja ist am 18. Januar durch einen [russischen Raketenangriff beträchtlich beschädigt](#) worden. Zum Zeitpunkt des Beschusses am Morgen waren lediglich zwei Personen in der Kirche, die unverletzt blieben. Die Decke, Kuppel, Wände, Fenster und Unterrichtsräume der Kathedrale hingegen wurden teils schwer beschädigt. Der Angriff auf die Stadt forderte mindestens zehn Todesopfer.

Die Eparchie Zaporizhzhja der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK), zu der die Kathedrale gehört, rief dazu auf, bei den [Aufräumarbeiten zu helfen oder für die Reparatur zu spenden](#). Auf der Website Eparchie erklärte [Metropolit Luka \(Kovalenko\), das Oberhaupt der Eparchie](#), dass die Kathedrale „unsere gemeinsame Hilfe braucht“. Sie sei nicht nur ein Kulturschatz für die Bewohner der Stadt, sondern auch eine „Stätte des Gebets und der Gnade für jeden von uns“. Die „Tragödie“ sei eine Glaubensprüfung, aber statt „mit guten Taten ihren Glauben zu beweisen und beim Wiederaufbau der Kathedrale zu helfen“, würden einige murren und „haben begonnen, Rache zu fordern, Gott nicht um Barmherzigkeit anzuflehen, sondern nur um eines: Bestrafung“. Zum Glück gebe es jedoch viele Menschen, deren Glaube sich nicht in Flüchen, sondern in guten Taten zeige. Abschließend rief er die Gläubigen auf, ihren Glauben und ihre Liebe zu Gott nicht mit Worten, sondern mit Taten zu beweisen.

Metropolit Luka erwähnte in seinem Statement die Ursache für die Schäden nicht und [weigerte sich, den russischen Angriff zu verurteilen](#). Auf [Telegram klagte er](#), er habe sich viel Böses und Hass anhören müssen. Einige forderten von ihm, „anzufangen Feinde zu verfluchen“, andere seien schadenfreudig und wünschten seiner Kirche noch mehr Böses. Nun versuchten „unsere Feinde“, aus der Situation alles herauszupressen, um „das Böse, den Hass und die Feindschaft zu vergrößern“. Sie wollten „unsere Aufmerksamkeit und Kraft“ in die der Reue entgegengesetzte Richtung lenken. Ob sich denn solche Menschen als Christen bezeichnen könnten, fragte der Metropolit rhetorisch. Er rufe alle auf, „Christen zu sein, und zu beten, beten, beten“. Das Ereignis ordnete er als „Zeichen“ und als „Aufruf zur Reue“ ein.

Metropolit Luka ist sehr umstritten, er gilt als prorussisch. In der Kathedrale des Hl. Andreas [kommemorierte der Metropolit bis heute in der Hl. Liturgie den russischen Patriarchen Kirill](#), warf ihm der ukrainische Historiker und Religionswissenschaftler Serhii Shumylo vor. Zudem wies er darauf hin, dass Luka einer der striktesten Gegner einer Trennung der UOK vom Moskauer Patriarchat am Landeskonzil der UOK im Mai 2022 gewesen sei. Nach einem Interview im Herbst 2024 [kritisierten auch Geistliche der UOK](#) beschönigende und schwammige Aussagen des Metropoliten zum Krieg. Metropolit Luka war an der Evakuierung von Zivilisten aus Mariupol beteiligt. (NÖK)

Russland: Leiter der Pfingstgemeinden sieht besondere Rolle Russlands

30. Januar 2025

Bischof Sergej Rjachovskij, der Leiter des Bundes der Christen evangelischen Glaubens (Pfingstgemeinden), erwartet große Veränderungen der Welt, in denen [Russland eine besondere Rolle spielen werde](#). In einer „prophetischen Rede zum Jahr 2025“ verkündete er, dass die „Neuaufteilung der Welt“ beginne, was Territorien einschließe, aber auch „Einflussbereiche in Wirtschaft, Energie, Finanzen, IT und KI“. Dabei wisse er, dass Gott für Russland eine „besondere Mission vorbereitet hat“ in dieser „tektonischen Verschiebung globalen Ausmaßes“. Das begründete er damit, dass Russland ein „bestimmtes inneres Kernstück“ hat. Dieses sei zwar noch nicht ganz ausgebildet, die „richtigen Zugänge, die in unseren Gesetzen der Verfassung vorgeschrieben sind, haben unser Wesen nicht vollständig durchdrungen“. Aber die Kirche sei das Instrument dazu, sie sei die „Seele unseres Volks“, führte er weiter aus.

Rjachovskij ist dafür bekannt, dass er [Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützt](#). So hat er beispielsweise im Januar 2024 den Krieg so gerechtfertigt, dass Gott Grenzen mache und Völker verschiebe. Da gebe es für ihn nichts zu bereuen. Er gratuliert dem russischen Präsidenten Vladimir Putin auch überschwänglich an

Feiertagen. Auch ein anderer Bischof der Pfingstgemeinden, [Dmitrij Schatrov, ist bekannt dafür, den Krieg zu rechtfertigen](#). Er gilt als einer der reichsten Prediger und offener Unterstützter der Kremlpolitik. Das Vorgehen Russlands bezeichnete er als „historische Mission“, mit der Schlimmeres verhindert werden könne, und Putin als „Zar“, für den er regelmäßig bete. Er ist überzeugt, dass Russland die Rolle des Katechon spiele, der den Antichristen aufhält. Aktuell ist Schatrov unterwegs in die USA, um am nationalen Gebetsfrühstück in Washington teilzunehmen. (NÖK)

Ukraine: Umfrage: Zahl der Orthodoxen gesunken, Zustimmung zu umstrittenem Religionsgesetz

13. Februar 2025

Die neuste soziologische [Umfrage Razumkov Centre zur religiösen und kirchlichen Situation](#) in der Ukraine hat einen deutlichen Rückgang bei der Zahl der Orthodoxen ergeben. So haben sich 2024 nur noch 55,4 Prozent der Befragten als orthodoxe Christinnen und Christen bezeichnet, während es 2023 noch 60,8 Prozent waren. Damit geht ein Rückgang der Zahl der Gläubigen der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) einher. Nachdem sie in den letzten Jahren gewachsen war und 2023 einen Höchststand von 42,2 Prozent erreicht hatte, identifizierten sich 2024 noch 35,2 Prozent der Befragten als Anhänger der OKU. Der Anteil der Gläubigen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) ging hingegen nur minimal zurück, von 5,6 auf 5,5 Prozent der Befragten. Allerdings ist die Umfrage bei diesem Punkt insofern problematisch, als sie nach der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats fragt, wie sich die UOK seit Mai 2022 selbst nicht mehr bezeichnet, und zudem dürften sich zu Moskau die wenigsten Ukrainer bekennen.

In der Umfrage wurde auch nach der Haltung [zum umstrittenen Gesetz Nr. 3894-IX](#) gefragt, das im Sommer 2024 verabschiedet worden war und die Tätigkeit „ausländischer religiöser Organisationen, die sich in einem Staat befinden, der anerkanntermaßen eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine begangen hat“, verbietet. 79,1 Prozent sind damit einverstanden, dass eine religiöse Organisation in der Ukraine, kein Kirchenzentrum in einem Land haben darf, das eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine verübt, nur 7,1 Prozent lehnen das ab. 75,2 Prozent unterstützen die Aussage, dass eine Religionsgemeinschaft in der Ukraine nicht Teil einer Religionsgemeinschaft sein darf, die in der Ukraine verboten ist, 6,6 Prozent teilen diese Meinung nicht. Über 74 Prozent sind damit einverstanden, die Tätigkeit der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) in der Ukraine zu verbieten, während 10,2 Prozent dagegen sind. Aufgeschlüsselt nach Konfessionszugehörigkeit ist die Zustimmung zu diesen Aussagen bei Anhängern der OKU und insbesondere der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche (UGKK) besonders hoch. Unterdurchschnittlich ist sie bei denen, die sich als „einfach orthodox“ und „einfach Christen“ bezeichnen. Bei den Gläubigen der UOK, auf die das Gesetz zielt, halten sich Zustimmung und Ablehnung bei der Frage nach der Zulässigkeit eines Kirchenzentrums in einem Aggressor-Staat die Waage, es sind je rund 35 Prozent. 40,2 Prozent sind einverstanden, dass eine ukrainische Religionsgemeinschaft nicht Teil einer in der Ukraine verbotenen Religionsgemeinschaft sein darf, 25,9 Prozent sind damit nicht einverstanden.

Das Gesetz Nr. 3894-IX trat einen Monat nach seiner Verabschiedung in Kraft, konkrete Auswirkungen hatte es aber noch kaum, da die Religionsgemeinschaften neun Monate Zeit haben, sich daran anzupassen. Ende Januar beschloss das Ministerkabinett, ein Verfahren für die [Genehmigung von Kontakten zu in der Ukraine verbotenen, ausländischen Religionsgemeinschaften](#) anzunehmen. Eine solche Genehmigung wird künftig der Staatsdienst für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit erteilen. Das Verfahren sieht vor, dass ein Antrag, ein Formular und eine Reihe Dokumente eingereicht werden

müssen, und dass der Staatsdienst bei dessen Überprüfung die Hilfe von Geheimdiensten, der Grenzwehr, Polizei, Justiz- und Innenministerium sowie lokalen Behörden in Anspruch nehmen darf.

In einem Interview erklärte der ukrainische [Präsident Volodymyr Zelenskyy](#), dass die Ukraine dem Moskauer Patriarchat nicht länger erlauben werde, als Instrument des russischen Einflusses zu dienen. Eine Kirche, die die Ideologie der „Russischen Welt“ unterstütze, habe keinen Platz in einem unabhängigen Staat. Die Regierung hat laut Zelenskyy bereits Maßnahmen ergriffen, um die Aktivitäten der UOK einzuschränken, darunter der Entzug des Kyjiwer Höhlenklosters, Sanktionen gegen Geistliche, die mit der Besatzungsmacht kollaborieren, und die Verabschiedung von Gesetzen zum Verbot von russischen Religionsgemeinschaften. Alle diese Schritte seien im Einklang mit der ukrainischen Gesetzgebung und der Achtung der Religionsfreiheit, betonte Zelenskyy. (NÖK)

Russland: Geistlicher widerspricht Patriarch Kirill

13. Februar 2025

An der Eparchieversammlung der Metropole Moskau am 11. Februar hat ein Geistlicher den patriotischen Kurs der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) infrage gestellt. Gegenüber Patriarch Kirill, der auch Leiter der Eparchie Moskau ist, [erklärte der Priester Aleksej Schljapin](#), er sei „mit einer solchen patriotischen Tendenz nicht einverstanden“. Die Pflicht des Geistlichen bestehe darin, „die Menschen zum Himmelreich zu führen, und nicht sich mit Patriotismus zu beschäftigen“. Patriarch Kirill reagierte spöttisch auf die Äußerung des Geistlichen und fragte ihn, ob er „nicht zufällig aus der Westukraine“ sei. Er forderte ihn auf, sich hinzusetzen und „ernsthaft über alles nachzudenken, das Sie jetzt so dahingeplappert haben“. Begleitet wurde die Antwort des Patriarchen von Gekicher und Applaus von vielen der Anwesenden.

Die Journalistin und Expertin für die ROK [Ksenia Luchenko wies darauf hin, dass Schljapin ein Schüler des Priesters Daniil Sysojev](#) sei, der 2009 umgebracht wurde. Dessen Anhänger schätzt sie als Fundamentalisten ein, deren radikale Positionen sie am ehesten in der Nähe von amerikanischen Evangelikalen verortet. So vertreten sie kreationistische Ansichten, sind überzeugte Abtreibungsgegner und propagieren eine kompromisslose Mission unter Nicht-Orthodoxen, insbesondere Muslimen. Sysojev vertrat zudem das Konzept des „Uranopolitismus“, bei dem die Zugehörigkeit zu einer spirituellen Gemeinschaft – eine „spirituelle Staatsbürgerschaft“ – wichtiger als die irdische Nationalität ist. Aleksej Schljapin entwickelte dieses Konzept weiter, schon 2013 führte in einem [YouTube-Video](#) aus, dass ein Christ konkrete Menschen schütze: seine Nächsten. Gott habe die Liebe zum Nächsten gepredigt, nicht die Liebe zu einem Volk, Land oder einer Heimat. Ein Patriot kämpfe daher „nicht zugunsten des Liebesgebots Christi, sondern für eine Ideologie“, was er klar verurteilte. Schljapins Frage an den Patriarchen muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. Luchenko macht weiter darauf aufmerksam, dass „traditionelle Werte“, die von der ROK ständig propagiert werden, keine Ausrichtung auf den Staat beinhalten müssen. Außerdem kommen Herausforderer der Ideologie des Patriarchen nicht zwingend aus einer „liberalen Ecke“.

Nachdem das kurze Video des Dialogs in den sozialen Medien verbreitet und die ruppige Reaktion des Patriarchen thematisiert worden war, veröffentlichte die ROK [die „ganze Antwort“ Kirills](#). So ergebe sich ein „ganz anderes Bild“ als in dem Ausschnitt, mit dem versucht werde, den Patriarchen und die ganze ROK zu verunglimpfen. Darin verweist Kirill auf die Verfolgungen der ROK in der Sowjetunion und ihre Haltung im Zweiten Weltkrieg, die zu einem besseren Verhältnis zum Staat geführt habe. Die Kirche müsse

mit ihrem Volk sein, sie „kann nicht nicht für das Schicksal des Landes verantwortlich sein“, sagte er. Wenn die ROK der Aufforderung, sich nicht einzumischen, folgte, würde sie sich vom Erbe von Heiligen wie Alexander Nevskij und Dmitrij Donskoj lossagen, die „Patrioten und Beschützer unseres Vaterlandes waren“. Mit dieser Antwort spreche der Patriarch von den „korporativen Interessen der ROK“, während Schljapin über die Rettung des Menschen spreche, stellt Ksenia Luchenko fest.

Der Journalist und [Orthodoxie-Experte Sergej Tschapnin](#) sieht in der Antwort des Patriarchen eine „spirituelle Bankrotterklärung eines Teils des kirchlichen Milieus“. Aber Schljapins Auftritt beweise, dass es innerhalb der ROK noch immer Geistliche gebe, die sich getrauten, unbequeme Fragen zu stellen, was auch die ideologische Schwäche der ROK zeige. Auch die [Gruppe „Christliche Vision“](#) findet, dass die Episode offenbart, dass es noch Widerspruch in der ROK gibt. Die Kirche bemühe sich den öffentlichen Raum zu kontrollieren, aber in ihrem Inneren gebe es noch Stimmen, die „bereit sind, nicht das zu sagen, was der offizielle Kurs verlangt“. Schon am 12. Februar war die [Website von Aleksej Schljapin](#) nicht mehr zugänglich. (NÖK)

Russland: Orthodoxe Kirche will Zahl der Militärgeistlichen verfünffachen

13. Februar 2025

Metropolit Kirill (Pokrovskij) von Stavropol, der Leiter der Synodalabteilung für die Zusammenarbeit mit den Streitkräften und Sicherheitsorganen des Moskauer Patriarchats, hat einen eklatanten Mangel an Militärgeistlichen beklagt. An einem Runden Tisch zum Thema „Spirituelle Front Russlands“ am 30. Januar 2025 erklärte er, es [brauche mindestens 1500 Militärgeistliche](#), um alle Militärdienstleistenden zu versorgen. Aktuell gebe es in der Armee aber nur 300 Militärgeistliche. Davon hätten einige einen Vertrag, andere seien Freiwillige. Zurzeit befinden sich laut dem Metropoliten 76 Freiwillige und 64 angestellte Geistliche in den Kampfgebieten von Russlands Krieg gegen die Ukraine. Zwar bereiteten sich 32 Personen auf ihren Einsatz im Kriegsgebiet vor, aber die Zeit dränge, das Problem müsse schneller gelöst werden, betonte Metropolit Kirill.

Der Runde Tisch fand im Rahmen der XIII. Parlamentarischen Weihnachtstreffen in der Duma statt. Dort trat auch Erzpriester Dmitrij Vasilenkov, Metropolit Kirills Stellvertreter in der Synodalabteilung, an der Generalversammlung auf. Die [Arbeit der Militärgeistlichen sei eine „zentrale Bedingung für den Sieg“](#) im Krieg gegen die Ukraine, erklärte er, denn die Armee mit dem stärkeren Kampfgeist sei mächtiger. Ein gläubiger Soldat verstehe den Sinn dieses Kriegs bestens, er wisse, dass er „für die Wahrheit“ kämpfe. Ihm falle es leichter in die „Schusslinie zu treten“ und dem Tod zu trotzen. Als Beispiel führte er an, wie Militärgeistliche im August 2024 in der russischen Region Kursk [innerhalb zwei Tagen 700 Wehrpflichtige überzeugt hätten](#), auf ihre Positionen zurückzukehren, von wo sie zuvor weggerannt seien, und bis zum Äußersten zu kämpfen.

Am Runden Tisch sprach auch die Vorsitzende des Duma-Komitees für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und Fragen gesellschaftlicher und religiöser Vereinigungen, Olga Timofejeva. Sie betonte, dass soziale Sicherheiten für Geistliche wichtig seien. 2024 sei die Frage des Schutzes der Militärgeistlichen gelöst worden, aber die Ausarbeitung ziehe sich hin und nicht alle Familien verwundeter oder getöteter Kapläne hätten Kompensationszahlungen erhalten. Diese Frage sei aber unter Kontrolle, und es werde nach zusätzlichen Hilfsmöglichkeiten für diejenigen gesucht, die „den Geist unserer Soldaten heben“. Zudem wurde diskutiert, dass es Rehabilitationsprogramme für Kriegsrückkehrer brauche, in denen auch eine geistliche Begleitung angeboten werde.

Den Teilnehmenden des Runden Tisches wurde außerdem ein [Propagandafilm](#) gezeigt, in dem Soldaten im Krieg verschiedene Gebete – christliche, muslimische und buddhistische – sprechen und an Kampfhandlungen teilnehmen. Am Ende des kurzen Videos werden schriftlich mit der Einleitung „Wir sind...“ zahlreiche Nationalitäten aufgezählt, die in Russland leben, darunter auch Ukrainer. Zuletzt steht, „Wir sind Russen, Gott ist mit uns!“.

Das Moskauer Patriarchat berichtete außerdem, dass in der Nähe von Moskau [Vorbereitungskurse für Geistliche](#) begonnen hätten, die bald an die Front reisen würden. Die Geistlichen lernen „taktische Medizin“, Grundlagen der psychologischen Hilfe, das richtige Verhalten bei Drohnenangriffen und in vermintem Gelände sowie die Arbeit mit Wärmebildkameras und funkelektronischen Kampfsystemen. Weiter wird ihnen der Transport mit Militärtechnik und das Verhalten bei einem Angriff auf diese vermittelt. Entsprechende Vorbereitungskurse gibt es auch in der Nähe von St. Petersburg.

Bereits [im Sommer 2024 suchte die Synodalabteilung](#) für die Zusammenarbeit mit den Streitkräften nach Militärkaplänen. Damals sollten 250 Freiwillige gefunden werden, die in einem Rotationssystem an der Front Dienst leisten sollten. (NÖK)

Ukraine: Kirchen zum dritten Jahrestag des russischen Angriffskriegs

27. Februar 2025

Anlässlich des dritten Jahrestags des Beginns des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat am 24. Februar 2025 ein [nationaler Gebetstag für die Ukraine](#) stattgefunden. Dessen jährliche Durchführung hatte das ukrainische Parlament, die Verchovna Rada, am [12. Februar 2025 beschlossen](#). Das Ziel des nationalen Gebetstags sei die Stärkung der nationalen Einheit, Konsolidierung der Gesellschaft und die Hebung des moralisch-patriotischen Geists der Ukrainer. Das gemeinsame Gebet sei nicht nur eine spirituelle Praxis, sondern eine „übernatürliche Kraft für den Sieg“, zudem bezeuge es die Einheit des Volks und dessen unerschütterlichen Glauben an den künftigen Sieg.

Zum dritten Jahrestag des russischen Großangriffs äußerten sich auch viele Glaubensgemeinschaften, Religionsvertreter und religiöse Organisation in der Ukraine. Der [Allukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen](#) wies auf das große Leiden des Landes, aber auch auf die Erfolge im Krieg hin. Mit Gottes Hilfe, der Widerstandsfähigkeit der Ukrainer und der Unterstützung internationaler Partner sei der Angreifer aufgehalten und seine Pläne vereitelt worden, ein bedeutender Teil der Ukraine sei von der Besetzung befreit worden sowie die „Grundlagen für einen künftigen Sieg und die Errichtung eines gerechten Friedens für die Ukraine gelegt worden“. Grundlage der russischen Aggression gegen die Ukraine sei die „chauvinistische und menschenverachtende Ideologie der ‚Russischen Welt‘“, die gemeinsam vom Kreml, von der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) und anderen russischen Religionsgemeinschaften verbreitet würde.

Der [Ständige Synod der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche](#) (UGKK), der derzeit in Kanada tagte, veröffentlichte ebenfalls eine Erklärung zum dritten Jahrestag des Kriegs. Die Ukrainer hätten gelernt, mit der Realität des Kriegs zurechtzukommen, sich aber nicht an den Krieg gewöhnt, denn zu schmerzhaft seien die Verluste, heißt es darin. Den Krieg bezeichnen die Bischöfe als „Test unserer Menschlichkeit“, und angesichts des „Bösen und des Leidens haben die Ukrainer mit Selbstaufopferung und Entschlossenheit reagiert“. Auch sie drückten ihre Dankbarkeit und Gebete für alle, die zu den Kriegsanstrengungen der Ukraine beitragen, aus und würdigten die internationale

Solidarität. In der Woche zuvor hatte das Oberhaupt der UGKK, [Großerbischof Svjatoslav Schevtschuk](#), die USA besucht, wo er mit dem römisch-katholischen Erzbischof von Philadelphia ein ökumenisches Friedensgebet leitete. Dabei dankte er für die Gebete, Unterstützung und Solidarität für die Ukraine. Die Ukrainer kämpften in erster Linie für ihre „Freiheit und Würde“, etwas, das die Amerikaner bestens verstünden. Weiter betonte er, dass die Menschen in der Ukraine Frieden wollten, warnte aber davor, dass ein Waffenstillstand kein Frieden sei und ein „politischer Deal“ keine Gerechtigkeit bringen könne. Ohne Gerechtigkeit sei Frieden unmöglich, er werde zu einer „Illusion“.

Auch das [Oberhaupt der Ukrainischen Orthodoxen Kirche \(UOK\), Metropolit Onufrij \(Berezovskij\)](#), wandte sich am Jahrestag an die Ukrainer. Er und die UOK beteten für alle ukrainischen Kriegsdienstleistenden sowie für das medizinische Personal und die Notdienstmitarbeitenden. Ungeachtet der Verleumdungen, Verdächtigungen und Beschuldigungen gegen sie bleibe die UOK „mit ihrem Volk, sorgt sich um sein Wohlergehen und das Kommen eines gerechten Friedens in unserer Heimat“. Das [Oberhaupt der Orthodoxen Kirche der Ukraine \(OKU\), Metropolit Epifanij \(Dumenko\)](#), betonte in seinem Statement zum dritten Jahrestag des Kriegs den Wunsch der Ukraine nach Frieden. Aber sie wolle einen echten Frieden, nicht nur einen Waffenstillstand, den Russland zur Vorbereitung weiterer Kriegshandlungen nutzen könne. Sie wolle ein Ende des Kriegs und nicht ein „Einfrieren und Aufschieben um einige Jahre bis zu einem neuen, noch tödlicheren Ausbruch“. Da die Ukraine in den 1990er Jahren ihr Atomwaffenarsenal aufgegeben habe und dies von Russland ausgenutzt worden sei, bestehe sie nun auf „echten Garantien“ für einen Frieden. Russland dürfe nicht für seine „Verbrechen gegen Frieden und Sicherheit belohnt werden“, so Epifanij. Ein Ende des Kriegs müsse daher auf Rechtsstaatlichkeit gründen und nicht dem Recht auf Gewalt. (NÖK)

Ukraine: Internationale kirchliche Akteure gedenken drittem Jahrestag des russischen Angriffskriegs

27. Februar 2025

Mit Blick auf den Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine vor drei Jahren hat Papst Franziskus von einem [„schmerzlichen und beschämenden Jahrestag für die gesamte Menschheit“](#) gesprochen. In seiner Botschaft vom 23. Februar wiederholte er zudem seine „Verbundenheit mit dem gequälten ukrainischen Volk“ und rief dazu auf, an die Opfer aller bewaffneter Konflikte zu denken. Der [Apostolische Nuntius in der Ukraine, Visvaldas Kulbokas](#), erklärte, der Krieg sei nicht nur eine Tragödie für die Ukraine, sondern auch eine Bedrohung für die ganze Welt. Der Krieg koste nicht nur Menschenleben, sondern untergrabe auch das Völkerrecht und die Grundlage der Gerechtigkeit. Die Folgen davon würden weit über die Grenzen der Ukraine hinaus zu spüren sein, warnte er.

An einem Gottesdienst zum dritten Jahrestag des Kriegs versicherte der [Ökumenische Patriarch Bartholomaios](#) den anwesenden Mitgliedern der ukrainischen Gemeinde von Istanbul die „standhafte Solidarität der Mutterkirche“. Diese habe den Angriff von Anfang an verurteilt und die Souveränität der Ukraine unterstützt – sie könne nicht „gleichgültig bleiben, wenn Ungerechtigkeit herrscht“. Die Ukraine kämpfe nicht nur für ihre territoriale Integrität, sondern für ihre Existenz. Ihre Souveränität „steht nicht zur Diskussion“ und sie dürfe nicht unter dem Deckmantel der Diplomatie wegdiskutiert werden, betonte der Patriarch von Konstantinopel. Er wies außerdem darauf hin, dass Frieden nicht durch Gewalt oder von „äußeren Launen“ diktiert werden könne und der Prozess die Ukraine als „gleichberechtigte Partnerin“ einschließen müsse. Der Krieg gegen die Ukraine sei nicht „einfach ein Konflikt zwischen Nationen, er ist eine moralische Prüfung für Europa und die ganze Welt, sagte Bartholomaios weiter.

Der [Ökumenische Rat der Kirchen \(ÖRK\)](#) bedauerte, dass es drei Jahre nach Kriegsbeginn trotz aller Bemühungen keine Zeichen für ein Ende gebe. Die russische Invasion sei „illegal, amoralisch und nicht rechtfertigbar“, betonte der ÖRK-Generalsekretär Jerry Pillay, zugleich rief er zu Dialog und Verhandlungen auf. Der ÖRK begrüße jede „legitime Anstrengung“, die ehrlich auf einen nachhaltigen Frieden ziele, ohne „einfach die begangene Aggression und Verletzung so vieler Prinzipien des Völkerrechts zu belohnen“. Die Legitimität jedes Friedensprozesses hänge von der „Miteinbeziehung des Opfers“ in die Verhandlungen und Entscheidungsfindung ab. Pillay beteuerte, dass der ÖRK sich weiterhin mit und durch seine Mitgliedskirchen und Partner für „Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung in der Region“ einsetzen werde.

Die [Europäische Evangelische Allianz](#) drückte ihre Trauer über den andauernden Krieg aus und betonte, sie werde immer die Wahrheit verteidigen. Sie beklagte, dass der Name Gottes benutzt worden sei, um „Invasion, Expansion und andauernde Unterdrückung zu rechtfertigen“. Zudem rief sie ihre „nationalen Anführer“ auf, Druck auf die Aggressoren auszuüben. Den russischen Präsidenten Vladimir Putin forderte sie auf, den Krieg zu beenden, alle Truppen abzuziehen und den Rahmen des internationalen Rechts zu akzeptieren. (NÖK)

Russland: Verhaftungen wegen Terrorvorwürfen

27. Februar 2025

In Russland hat die Verhaftung von Denis Popovitsch und Nikita Ivankovitsch, zwei Absolventen des Geistlichen Seminars Sretenskij, einige Aufregung ausgelöst. Am 13. Februar wurde bekannt, dass die [beiden jungen Männer aufgrund zweier Artikel des Strafgesetzes inhaftiert](#) waren – Art. 222.1 über den illegalen Erwerb, Übergabe, Aufbewahrung, Transport oder das mit sich Tragen von Sprengstoffen oder Sprengsätzen und Art. 205 über einen versuchten Terrorakt. Popovitsch wurde schon am 13. Januar in Moskau auf der Straße wegen leichter Pöbelei verhaftet, er habe geschrien, mit den Händen gefuchelt und geflucht. Zwei Tage später wurde er zu 15 Tagen Administrativhaft verurteilt. Nach Ablauf der Frist verurteilte ihn die gleiche Richterin zu weiteren 15 Tagen Haft. Statt dass Popovitsch nach der zweiten Strafe freigelassen wurde, wurde er in ein Untersuchungsgefängnis überführt und dort inhaftiert. Gleichentags, am 12. Februar, wurde auch Nikita Ivankovitsch, der mit Popovitsch im Seminar in der gleichen Klasse gewesen war und mit ihm befreundet ist, verhaftet. Er hatte Popovitsch ein Paket ins Gefängnis gebracht, danach gab es bei ihm eine Hausdurchsuchung, sein Mobiltelefon und Laptop wurden beschlagnahmt.

Denis Popovitsch ist ukrainischer Bürger. Nach dem Seminar hat er bis 2023 am Geistlichen Seminar von Pskov unterrichtet. Außerdem war er Sekretär von Metropolit Tichon (Schevkunov), der als enger Vertrauter des russischen Präsidenten Vladimir Putin gilt. Bis 2023 war Tichon Metropolit von Pskov, dann wurde ihm die [Leitung der Eparchie Krim übertragen](#). Nikita Ivankovitsch ist in Moskau geboren, aber ebenfalls Ukrainer. Der Theologe ist Absolvent des Seminars Sretenskij und der Aspirantur der Hl. Kirill und Method. Er ist Chorsänger und Altardiener in einer Moskauer Kirche sowie Subdiakon einiger Moskauer Vikarbischöfe.

Schon 2022 gab es wegen ihrer angeblich proukrainischen Haltung Denunziationen gegen die beiden jungen Männer. Diese Anschuldigungen wurden vom Telegram-Kanal *Bischof Luzifer* veröffentlicht, der Popovitsch als „Bandera-Schläfer in der Russischen Orthodoxen Kirche“ bezeichnete und forderte, die beiden zu bestrafen. Untermauert wurden die Vorwürfe mit Audioausschnitten und Fotos aus einem geschlossenen Gruppenchat, in

dem die beiden Mitglied sind. Dabei versuchte Popovitsch offenbar, seinen Freunden zu erklären, was in der Ukraine passiert.

Die Journalistin und [Orthodoxie-Expertin Ksenia Luchenko wundert sich](#), dass Metropolit Tichon die beiden Beschuldigten nicht geschützt hat. Zudem hinterfragt sie die Rolle des Telegram-Kanals Bischof Luzifer, ob er Materialien aus der Untersuchung veröffentlicht habe oder umgekehrt seine Veröffentlichungen die Untersuchung angeregt hätten. In der orthodoxen Blogsphäre kursierte zudem sogleich eine [andere Version der Ereignisse](#). Laut der sei Popovitsch am 22. Januar wegen der Beteiligung an einer ukrainischen terroristischen Gruppierung verhaftet worden, also zu der Zeit, als er bereits inhaftiert war. Weiter wurde verbreitet, dass Popovitsch und Ivankovitsch vom Inlandgeheimdienst der Ukraine angeworben worden seien, um ein Attentat auf Metropolit Tichon zu verüben. Dazu hätten sie einen Sprengsatz in einer Saftverpackung in einem Moskauer Park vergraben, seien aber aufgefliegen und verhaftet worden. Für den Mord seien ihnen ukrainische Pässe versprochen worden. Luchenko weist darauf hin, dass Popovitsch bereits einen ukrainischen Pass habe, und dass dieser für junge Menschen in Moskau wenig interessant sei. Zudem sei es sehr unwahrscheinlich, dass Popovitsch einen Anschlag auf seinen einflussreichen Förderer verüben wollen würde, gab die orthodoxe Theologin und [Bloggerin Natallia Vasilevich](#) zu bedenken. (NÖK)

Russland: Kirchliche Glückwünsche zum Tag des Vaterlandsverteidigers

27. Februar 2025

Der russische Patriarch Kirill hat zum Tag des Vaterlandsverteidigers am 23. Februar Präsident Vladimir Putin gratuliert. Der Feiertag sei ein [Symbol für „militärischen Heldenmut und Ehre, Mut und Heldenhaftigkeit“](#). Heute folgten die Soldaten den „besten Traditionen ihrer vielgerühmten Vorgänger“ und wachten Schulter an Schulter über die Heimat und leisteten so ihren Beitrag zu einem „friedlichen und glücklichen Leben in den historischen Ländern der Heiligen Rus“. Der Patriarch zeigte sich überzeugt, dass die „Entschlossenheit und Weitsichtigkeit“ der Regierung mit der Ergebnis der Soldaten weiterhin die „Konsolidierung des Volks“ und Erfolge zum Ruhm Russlands ermöglichen werden. Mit Blick auf Russlands Krieg gegen die Ukraine verwies der Patriarch auf die Unterstützung der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) für die Soldaten und die Betroffenen. Die Geistlichen der ROK riefen unermüdlich die ganze Gesellschaft auf, zusammenzuhalten und zu handeln, „fest zu glauben und für diejenigen zu beten, die unser Land vor feindlichen Kräften und verschiedenen Angriffen schützen, traditionelle Familien- und spirituell-moralische Werte verteidigen sowie die Freiheit und langfristige Unabhängigkeit Russlands gewährleisten“.

[Präsident Putin seinerseits gratulierte Patriarch Kirill](#) und bezeichnete das feierliche Begehen des Feiertags als „Symbol für die grenzenlose Verehrung des Volks für die Siege und kriegerischen Heldentaten unserer Vorfahren“. Diese „unzerstörbare Verbindung mit den historischen Traditionen“ des ergebnen Dienstes für das Vaterland inspiriere die russischen Soldaten, die „mutig für die Wahrheit und Gerechtigkeit, für die Freiheit und Unabhängigkeit Russlands kämpfen“. Weitere Gratulationen erhielt Patriarch Kirill vom Bürgermeister von Moskau und vom Duma-Vorsitzenden. Außer dem Präsidenten gratulierte Kirill auch dem Moskauer Bürgermeister, dem Duma-Vorsitzenden, dem Verteidigungsminister und dem Regierungschef.

Zwei Bischöfe des Russischen Bundes der Christen evangelischen Glaubens (Pfingstgemeinden) gratulierten den russischen Soldaten anlässlich des Tags des Vaterlandsverteidigers. Der [Bevollmächtigte des Bundes für die Oblast Pensa](#), Sergej

Kirejev, nahm den Feiertag zum Anlass, den russischen Soldaten für ihren schwierigen Dienst zu danken, die den „Frieden und die Ruhe unseres Landes schützen“. Kirejev wurde im Dezember 2024 mit der Medaille „Für den Beitrag zur Militärischen Spezialoperation“ ausgezeichnet. [Bischof Eduard Deremov](#) erklärte auf *Telegram*, die „Berufung des Mannes“ sei, „sein Land, seine Familie und sein Haus zu beschützen“. Auch er verwies auf den aktuellen Einsatz vieler Russen und Russinnen in der Armee oder im „geistlichen Kampf“. Vertreter der Pfingstgemeinden hatten in der Vergangenheit [immer wieder den Krieg gegen die Ukraine unterstützt](#).

[Erzpriester Dmitrij Vasilenkov](#), der oberste Militärggeistliche der ROK im Kriegsgebiet, warnte vor falschen Hoffnungen auf Verhandlungen. Wenn Russland ein Problem löse, könnte gleich ein Nächstes, nicht weniger Schlimmes auftauchen. Wenn Russlands Gegner sich dessen Zerstörung als „Macht, als Bollwerk der Sittlichkeit und traditionellen Werte auf der Welt“ zur Aufgabe gemacht hätten, dann würden sie „so oder anders“ weiter daran arbeiten. Deshalb sollten keine Hoffnungen auf Verhandlungen genährt werden. Zudem müsse Russland stark sein, denn nur den Starken werde zugehört. Dafür müsse gearbeitet werden, unter anderem an der Front, aber auch der „spirituelle Aspekt“ sei „entscheidend“. Ohne vollständige Informationen sollte nicht über Verhandlungen spekuliert werden. „Wir vertrauen unserem Präsidenten und unserer Regierung“, erklärte Vasilenkov weiter, sie verstünden alles und alle Risiken bestens. Alle müssten nun ihre Pflicht tun, die Soldaten im Kampf, die Zivilisten, indem sie der Front helfen.

An einer Pressekonferenz zum Dienst von Geistlichen der ROK in der Militärischen Spezialoperation am 21. Februar berichtete [Metropolit Kirill \(Pokrovskij\) von Stavropol](#), der Vorsitzende der Synodalabteilung des Moskauer Patriarchats für die Zusammenarbeit mit den Streitkräften und Sicherheitsorganen, dass inzwischen über 2000 Geistliche an der Front gewesen seien. Dazu hätten sie über 4500 Reisen unternommen. Bei diesen Reisen würde nicht einfach an einem Tag humanitäre Hilfe abgeliefert, sie dauerten zehn Tage, einen Monat oder auch mehrere Monate. Einige Geistliche befinden sich laut Metropolit Kirill seit anderthalb bis zwei Jahren an der Front. Über 42'000 ungetaufte Militärangehörige seien getauft worden, und das seien nur die offiziell erfassten Zahlen. In jedem Unterstand fänden sich Ikonen, die den Soldaten sehr wichtig seien. Weiter erklärte der Metropolit, dass die Geistlichen die Soldaten motivierten, „ohne Angst in den Kampf zu ziehen“. Die Motivation komme auch daher, dass nicht nur „Nazis“, sondern auch „Satanisten die Ukrainische Orthodoxe Kirche zerstören“. Die westliche, „postchristliche“ Welt schweige dazu.

Die [Orthodoxie-Expertin Ksenia Luchenko](#) wies darauf hin, dass laut Angaben des Moskauer Patriarchats 36'000 Geistliche in der ROK dienten. Das würde bedeuten, dass jeder 20. Geistliche der ROK im Krieg gewesen sei. Die Aktivistengruppe „Christen gegen Krieg“ verwies auf [ihre eigene Liste](#), auf der sie die Namen von Geistlichen der ROK sammelt, die im Krieg waren – laut dieser sind es inzwischen über 200. (NÖK)

Meldungen über die Kirchen im Krieg Russlands gegen die Ukraine.

© Nachrichtendienst Östliche Kirchen NÖK